Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg. Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 117 | Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.50 Mk. frei Haus. Durch Postbezug im Mai 3.50 Mk., ab 1. Juni 4.50 ob. 13.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Bei Einsend. des Bezugspreises a. d. Postscheckkonte, trägt der Verl. d. Bestellgeld. | Halle, Donnerstag, den 20. Mai 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Haltet die Augen offen!

Von **Philipp Scheidemann.**

Man trommelfeuert von links und von rechts auf uns. Die Deutschnationalen, die Deutschen Volksparteiler, überhaupt alles was zwischen dem Grafen von Westarp und allerlei kurzatmigen antisemitischen Advokäterchen herumkraucht, verflucht und verwünscht uns Sozi, weil wir die Revolution „gemacht" und alles verungeniert hätten, was dem Bauern- und Bürgersmann heilig sei.

Die links von uns stehenden Gruppen der U. S. P., der K. P. D. und der K. A. P. D. bekämpfen uns mit Flammenwerfern, weil wir „noch am Morgen des 9. November 1918 die Revolution für ein Verbrechen erklärt haben."

Die Herren von der U. S. P. sind unzufrieden mit uns, weil wir zu wenig Steuern nehmen, die Herren rechts von uns sehen uns als Rinaldos Rinaldini an, weil wir zu viel beschlossen haben. Herr Geheimrat Rießer, ein kreuzbraver Mensch, aber ein schlechter politischer Musikante, erklärt pathetisch:

„Die Schuld der Sozialdemokratie ist ihr zerstörendes Wirken. Zerstört oder schwer geschädigt haben sie . . . die Grundlagen . . . des Handels und der Industrie, letztere durch ihre Steuergesetze, durch ihren blinden Haß gegen das Unternehmertum. . . ."

Es ist unverständlich, wie Herr Geheimrat Rießer derart

ungeniertes Zeug

hat sagen können. Hat denn die Sozialdemokratie die Steuergesetze gemacht oder die Nationalversammlung? Doch wohl die letztere! Ja, so wird geantwortet werden, aber die Regierung hat doch die Gesetze der Nationalversammlung vorgelegt! und die Regierung — das sind doch die Sozialdemokraten . . .

Ach nein, die Regierung besteht aus Demokraten, Zentrumsvertretern und Sozialdemokraten. Und um es ganz deutlich zu sagen und die Behauptung von dem „Haß gegen das Unternehmertum" in die gebührende Beleuchtung zu rücken: der Finanzminister war ein Mitglied der Zentrumspartei; die Demokraten, die zugestimmt haben, vertreten doch zum größten Teile Kaufleute, Fabrikanten usw. Und trotzdem bei ihnen „Haß gegen das Unternehmertum"?

Aber — so knallen die großen Kanonen der reaktionären Parteien, der Deutschnationalen, der Volksparteiler, der Antisemiten e tuti quanti: in der Koalition haben die Sozi den größten Einfluß, deshalb setzen sie alles durch!

Dazwischen feuern die kleinkalibrigen Maschinengewehre der U. S. P., der K. P. D. und K. A. P. D.: die Sozi besorgen in der Regierung ja nur die Geschäfte der Bürgerlichen, sie müssen ja so tanzen, wie die anderen pfeifen! Sie haben gar nichts zu bedeuten.

Links und rechts verkennt man das Wesen der Koalitionsregierung vollkommen. Es kommt gar nicht darauf an, ob von der einen oder anderen Partei ein Mann oder zwei mehr im Kabinett sitzen; denn an der Ueberstimmung einer Partei kann gar nicht gedacht werden, weil das die Sprengung der Koalition bedeuten würde. Es muß in jedem strittigen Falle das Kompromiß gesucht werden, das meistens keiner Koalitionspartei gefällt, aber doch das einzig mögliche Resultat der gegebenen politischen Situation ist. Wer dieser Koalitionspolitik nicht hold ist, der muß alle Kraft daran setzen, sie überflüssig zu machen durch das Zustandebringen

einer einheitlichen Mehrheit.

Die Rechte arbeitet fleißig darauf hin, dieses Ziel zu erreichen und die äußerste Linke ist eifrig bemüht, sie dabei zu unterstützen.

Ein Blick in die U. S. P.-Presse zeigt das klar. Der Zufall hat mir einige Nummern der „Hessischen Arbeiterzeitung" in die Hand gespielt, die ich sonst deshalb nicht lese, weil ich mir die Hoffnung, die Einigung der deutschen Arbeiterschaft noch zu erleben, nicht zerstören lassen möchte. Ich ersehe aus den Blättern, wie ich immer wieder in hämischer Weise genannt werde, ohne jeglichen Grund — sollen durch solche persönlichen Attacken etwa die Arbeiterinteressen gefördert werden? Oder soll als Antwort darauf, um den Kampf möglichst vornehm zu gestalten, nun immer wieder ein Brief zitiert werden, den der Namensvetter eines großen Musikers an den Reichskanzler Bethmann Hollweg geschrieben hat, um ihm zu versichern, wie national er geworden und wie national er insolgedessen geschrieben und gedichtet habe. (Damit meint Scheidemann den Brief des unabhängigen Redakteurs **Richard Wagner** aus Braunschweig, den er während des Krieges an Bethmann Hollweg richtete und in dem er um Vergebung seiner sozialdemokratischen Ansichten flehte. D. Red.)

Dr. Breitscheid hat sich in einer Versammlung ebenfalls an mir persönlich versucht. Eigentlich sollten die U. S. P.-Genossen bald ein wenig stutzig werden über die Männer, die sie „führen" und sich als die einzig wahren Jakobe des waschechten unverfälschten Sozialismus aufspielen. Dr. Breitscheid kandidierte bei den letzten Reichstagswahlen als Bürgerlicher noch gegen die Sozialdemokratie. Vor den Nationalversammlungswahlen erklärte er sich in vollkommener Uebereinstimmung mit mir, weil er damals noch fest auf demokratischem Boden stand. Und nun geht er hin und — kann schon wieder anders. —

Und die U. S. P. schimpft auf uns und verlästert uns, weil wir nicht wollen, wie sie will. Dabei weiß eigentlich kein Mensch, was sie will.

Die K. P. D. schimpft auf die U. S. P. und mißhandelt sie als „Verräter".

Die K. P. D. wird aber von der K. A. P. D. direkt angespuckt, weil sie den schlimmsten Verrat am Kommunismus betreibe, wie ihn der Oberpriester Wolffheim in Gemeinschaft mit dem ehemaligen Zentrumsmann Lauffenberg lehrt.

Es gibt offenbar leider Arbeiterkreise, bei denen man schon mehrere Male seine Anschauungen und Ueberzeugungen gewechselt haben muß, bevor man ihre Achtung gewinnen kann. Wenn man uns von weiter links her plausibel machen will, daß wir auf falschem Wege sind, dann soll man uns doch einmal klipp und klar sagen, was für Wege man links von uns zu gehen beabsichtigt. Was wollen die U. S. P., was wollen die K. P. D., und was wollen die K. A. P. D.? Aber wenn uns alle drei gesagt haben, was jede Gruppe will, dann bitten wir sie, unter sich zunächst auszumachen, wer von ihnen nun auf dem rechten Wege ist. Da sie alle drei sich die heftigsten Vorwürfe machen, werden sie sich vor den Wahlen zum Reichstag kaum einigen können. Aber soll deshalb die Arbeiterschaft sich dauernd zum Gaudium und zum Vorteil der Reaktion zerfleischen, weil einige Konfusionsräte, die gestern rechts, heute links, morgen rückwärts wollen, aber übermorgen für alle Welt klar ersichtlich reif für das Narrenhaus sind, die Arbeiterschaft am Narrenseile führen?

Arbeiter in Dorf und Stadt! Haltet

die Augen offen!

Euer Freund ist, wer zur Einigkeit rät; denn nur die Einigkeit macht stark. Euer Feind ist, wer Euch Tag für Tag immer wieder zum Bruderkampf ermuntert.

Wie soll denn der uns die Lebensluft abschnürende Friedensvertrag revidiert werden, wenn uns nicht eine einige internationale Arbeiterschaft dabei hilft? Glaubt denn ein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, daß wir die französische, belgische, englische, italienische usw. Arbeiterschaft mit der deutschen auf einer Plattform zusammen bringen können, wenn sich die deutsche Arbeiterklasse selbst im Bruderkampfe wälzt?

Urteile jeder, wer das Gute verbürgt — der, der täglich predigt:

„Deutsche Arbeiter, zerfleischt Euch!"

oder der, der unter der Parole kämpft:

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!"

Poincaré zurückgetreten.

Der Vorsitz im Wiedergutmachungsausschuß.

Paris, 19. Mai. Poincare hat Millerand sein Entlassungsgesuch als Vorsitzender der Pariser interalliierten Kommission Commission des Reparations (Wiedergutmachungsausschuß) für Deutschland eingereicht. Louis Dubois, der Abgeordnete des Seine-Departements und ehemalige Minister für Handel, wird sein Nachfolger.

*

Dieser Rücktritt Poincares wird nicht wenig Aufsehen erregen, denn er bedeutet eine Zuspitzung der Spannung zwischen Frankreich und dessen Alliierten. Diese Amtsniederlegung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Beschlüssen von Hythe. Poincare will offenbar durch seinen Rücktritt demonstrativ sowohl gegen die Festsetzung einer Gesamtentschädigungssumme, wie auch gegen den geplanten Verteilungsmodus unter den Alliierten protestieren. Die französischen Nationalisten behaupten, daß ihr Land, welches viel mehr gelitten habe als z. B. England, durch die Beschlüsse von Hythe schwer benachteiligt sei, einmal, weil die Summe von 120 Milliarden Goldmark bei weitem nicht den erlittenen Schäden entspreche, und ferner, weil die Rechte Frankreichs nicht kategorisch und weitgehend genug anerkannt seien. Endlich erklären sie, daß diese Hyther Abmachungen eine Aenderung des Versailler Friedens und eine Einschränkung der Rechte der Wiedergutmachungskommission enthalten. Diese Ansicht hat auch der Nationalist Poincare dadurch vor aller Welt bekunden wollen, indem er sein Amt als Vorsitzender dieser „Commission des Reparations" niederlegte.

Auch wollte er damit, im Hinblick auf das Aufsehen und auf die Pressebesprechungen, die seine Geste zweifellos auf beiden Ufern des Kanals verursachen und einen Druck auf England vor der neuerlichen Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George in Ostende ausüben. Der Beistand der Northcliffe-Presse ist ihm jedenfalls gesichert.

Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß Poincares Rücktrittsmanöver insofern glücke, als Lloyd George, der sich in der letzten Zeit als ein ebenso chronischer Zauderer erwiesen hat, wie einst Wilson war, noch einmal vor dem kombinierten Entrüstungssturm der Pariser und der Northcliffe-Presse zurückschrecken und in Ostende über manchen wichtigen Punkt nachgeben könnte.

Was aber weder Poincare noch Northcliffe, noch irgend eine andere wird erreichen können, das ist, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands um einen Pfennig durch Drohungen oder durch Gesten erhöht werde. Wahrscheinlich für 500 Milliarden Goldmark schon viel zu hoch berechnet, und die tatsächliche Grenze des eigenen Könnens dürfte die deutsche Friedensdelegation selbst angegeben haben, als sie im vorigen Jahre in ihrem Gegenvorschlag eine Gesamtsumme von 100 Milliarden Goldmark als Entschädigung anbot.

Allmählich, weil eben die Verhältnisse stärker sind als die Menschen, zumal in volkswirtschaftlichen Dingen, nähern sich die Alliierten selbst diesem seinerzeit verschmähten deutschen Gegenvorschlag. Dagegen wehren sich natürlich mit Händen und Füßen jene Männer, wie Poincare, deren ganze Kriegspolitik bis Versailles auf dem Irrsinn aufgebaut war, daß die „Boches" alles bezahlen würden.

Die Beschlüsse von Hythe bedeuten die späte Erkenntnis und das unfreiwillige Eingeständnis, daß diese Politik nicht auf Vernunft, sondern auf Leidenschaft, nicht auf erreichbaren Tatsachen, sondern auf bloßen Wünschen beruhte. Sie bilden den Zusammenbruch jener Politik, deren Hauptträger gerade Poincare war, und daß dieser nunmehr sein Amt niedergelegt, ist nur logisch, ganz gleich welche Hintergedanken und Nebenzwecke er mit dieser Demonstration verfolge.

Die reaktionäre Presse tobt.

Die Reichsregierung hatte besondere Kommissionen in das Ruhrgebiet gesandt, um die Rechtsprechung der dort tätigen außerordentlichen Kriegsgerichte nachzuprüfen. Es war auch höchste Zeit, wie man aus unseren gestern gebrachten Mitteilungen einzelner gefällter Urteile ersieht. Aber das Fürchterlichste hört man jetzt erst. 150 Todesurteile waren schon ausgesprochen, deren Vollstreckung durch eine Verfügung des Reichspräsidenten ausgesetzt wurde und deren Nachprüfung angeordnet wurde. Ueber diese Maßregeln tobt die reaktionäre Presse und nennt sie unerhörten Rechtsbruch. Man schaudert vor diesem Abgrund von Unmenschlichkeit, der nicht nur allein aus den Urteilen spricht, sondern noch schärfer aus den Kommentaren der deutschnationalen Presse. Ungeschminkt kommt die verbrecherische Sehnsucht der alten herrschenden Klasse zum Ausdruck, die Wut über den verlorenen Krieg und die entgangenen Siegerfrüchte, den ohnmächtigen Haß gerade gegen die besonnensten Schichten der Arbeiterschaft und das dumpf Gefühl ihrer eigenen Unfähigkeit, im Blute der Arbeiterklasse zu ersticken. Arbeiter, Angestellte und Beamte, bildet wieder eine einige geschlossene Front zum Schutze einer Regierung, die das Menschenmöglichste für Euch tut. Arbeitet praktisch mit, nur dann stützt ihr sie und nützt Euch selbst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0001

Die sozialdemokratische „Wahlniederlage" in Strelitz.

Die reaktionäre Presse triumphiert noch immer über die „Niederlage", die unsere Partei bei den Wahlen in Mecklenburg-Strelitz erlitten haben soll. Bei Lichte besehen besteht diese Niederlage darin, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gegenüber den Wahlen zum ersten ordentlichen Landtag sich um 2100 vermehrt hat. Wenn die Zahl der sozialdemokratischen Mandate von 18 auf 15 (wozu noch ein Mandat der U. S. P. kommt) zurückgegangen ist, so muß bemerkt werden, daß schon bei der ersten Wahl die Sozialdemokratie nicht die absolute Stimmenmehrheit hatte und nur infolge einer Zufälligkeit der Wahlkreiseinteilung ein Mandat mehr als die bürgerlichen Parteien errang. Die bürgerlichen Stimmen haben allerdings noch etwas stärker zugenommen als die sozialdemokratischen, nämlich um rund 3700. Trotzdem wird man sagen müssen, daß unsere Partei, die einer grenzenlosen Agitation von rechts und links gegenüberstand, sich außerordentlich gut behauptet hat. Die genauen Wahlziffern sind folgende:

Sozialdemokratie 23 006 Stimmen und 15 Mandate.
Wirtschaftliche Vereinigung 18 061 Stimmen und 10 Mandate.
Demokraten 7886 Stimmen und 5 Mandate.
Handwerker 6181 Stimmen und 4 Mandate.
Unabhängige 2257 Stimmen und 1 Mandat.
Rentner 1153 Stimmen und kein Mandat.

Das praktische Ergebnis der Wahl wird wahrscheinlich eine sozialdemokratisch-demokratische Koalitionsregierung sein, die über eine sichere Mehrheit von 20 Sitzen verfügen würde. Die Reaktion hat also gar keinen Anlaß zu jubilieren.

Braunschweig.

Sozialdemokraten 32 680, Landeswahlverband (Rechtsblock) 33 378, Demokraten 21 525, Kommunisten 2462, Unabhängige 81 310. Eine Anzahl Ortschaften steht noch aus. Bei der letzten Landtagswahl im Dezember 1918 erhielten die Sozialdemokraten 58 759, der Landeswahlverband 55 621, die Demokraten 46 293, die Unabhängigen 51 672. Die Kommunisten hatten 1918 keine eigene Liste aufgestellt. Mandate erhielten:

	1918	1920
Sozialdemokraten . . .	17	8
Rechtsblock	16	24
Demokraten	13	6
Unabhängige	14	23

Die Arbeiterparteien haben also ihre Stimmen um 3000 vermehrt. Trotz des entnervenden Bruderkampfes doch ein erfreuliches Zeichen. Diese Vermehrung der Stimmen wäre noch weit größer gewesen, wenn sich der Kampf der Arbeiterparteien in den Formen eines edlen Wetteifers abgespielt hätte, jeder von seinem Standpunkt aus das beste zu erringen. Der Wille dazu muß aber auf allen Seiten vorhanden sein. Vorläufig ist er nur bei unseren Parteigenossen und das schwächt zum Teil auch mit unsere Stellung.

Danzig.

Stimmenzahlen 1919 der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung und 1920 zur Danziger Konstituante:

	1919	1920
Sozialdemokraten . . .	65 623	23 706
Unabhängige	9 667	26 345
Wirtschaftl. Vereinigung	—	14 795
Zentrum	28 060	21 128
Demokraten	41 708	13 342
Deutschnationale	30 033	42 259
Polen	—	9 000

Das schlechteste Wahlresultat von diesen dreien. Das schlechteste unserer Partei und das schlechteste auch beider Arbeiterparteien zusammengenommen. Auf eine Ursache haben wir gestern schon im Leitartikel hingewiesen. Danzig ist jetzt vom Reiche getrennt, und das stärkt die Parteien der chauvinistischen Hetzereien. Dann ist noch eines nicht zu vergessen, unsere Partei hat bei den gerade in Danzig stark hervorgetretenen Einigungsverlangen zwischen den beiden Parteien — aus der isolierten Stellung Danzigs zu erklären — eine ziemlich schwächliche Rolle gespielt. Wir wissen, daß sie sich nicht rückhaltlos zur Demokratie bekannt haben. Ihre Stellung war nicht klar genug. Das hat stets zur Folge, daß die Kopfarbeiter, die Intellektuellen, die Angestellten und Beamten, die gerade darin in diesem Bekenntnis zur Demokratie ihr Lebensbedürfnis als Stand, als Teil der alle Kräfte umfassenden Arbeiterklasse sehen, zurückfluten. Noch ein anderer Umstand ist zu berücksichtigen. Das Gebiet, der Abstimmungsbezirk hat jetzt ganz andere Grenzen wie 1919. — Alles in allem haben wir keine Ursache dem Jubel von rechts und links eine große Bedeutung beizumessen. Unsere Aussichten sind nicht schlecht. Wir dürfen nur nicht unruhig werden und unsere grundsätzlichen Ansichten von dem was wir schaffen wollen bezweifeln. Das wäre das Verkehrteste was es geben könnte.

„Spartakus spricht".

Er sagt, wer der Reaktion Dienste leistet.

„Es ist selbstverständlich, daß die Bedingungen (des Bielefelder Abkommens. D. Red.) loyal erfüllt werden müssen. Die Reaktion darf keinen Vorwand finden, an dem Bielefelder Abkommen zu rütteln. Daher ist auch die sofortige Waffenabgabe notwendig. Unlautere Elemente dürfen kein Gewehr behalten, anderenfalls sind schwrre Ausschreitungen unvermeidlich. Dadurch würde die gute Sache der Revolution aufs schwerste herabgewürdigt werden. Die Reichswehr bekäme den gewünschten Vorwand zum Einmarsch. Ein Blutbad unter den Arbeitern würde angerichtet, die Schreckensherrschaft des weißen Terrors aufgerichtet."

„Es ist jedoch zu befürchten, daß unlautere Elemente den Versuch unternehmen, die glatte Erledigung der Verpflichtungen zu hindern, entweder um der Reaktion Dienste zu leisten oder um Unruhen und Putsche herbeizuführen, in der Hoffnung, dadurch Gelegenheit zu Plündereien zu finden. Dergleichen Elemente haben bisher schon viel Unheil angerichtet und den Kampf des Proletariats geschädigt. Darum, Genossen, setzt solchen Leuten jetzt scharf auf die Finger und stopft ihnen den Mund, wenn sie durch Verdächtigungen und Hetzereien der allgemeinen Sache des Proletariats zu schädigen unternehmen. Derartige Elemente müssen rücksichtslos unschädlich gemacht werden.

Wenn nicht anders möglich, müssen sich die ehrlichen Revolutionäre, müssen sich die organisierten Arbeiter zusammenschließen zur Unterstützung der Volkswehr, um mit dieser zusammen die Schädlinge zu entwaffnen und einzusperren."

So steht wörtlich an der Spitze des „Spartakus" (Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands) vom 4. April 1920. Die Frage, welche Elemente der Reaktion Helfersdienste leisten, wird durch diese Ausführungen restlos beantwortet.

Genosse Dr. Köster über San Remo und Spa.

„Wir wollen keinen Militarismus!"

Turin, 18. Mai. Die „Gazette de Popolo" in Turin vom 18. Mai veröffentlicht eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters mit dem Reichsminister des Aeußern Dr. Köster, in welcher dieser auf die Fragen, wie er über die Ergebnisse von San Remo und die Politik, die die italienische Regierung dort vertreten habe, denke und mit welchem Programm die deutsche Regierung nach Spa gehe, u. a. erwiderte:

„Die Ergebnisse von San Remo lassen sich noch nicht vollständig überblicken. Die beiden widerstrebenden Richtungen, die wir in den Ententeländern überhaupt wahrnehmen, scheinen darin zum Ausdruck gekommen: Das Mißtrauen gegen Deutschland einerseits und zugleich eine aus der Erkenntnis der Bedürfnisse ganz Europas geborene Bereitwilligkeit zu einem gewissen Entgegenkommen. Das Mißtrauen zeigt sich vornehmlich in der Behandlung der „Entwaffnungsfrage". Soweit die geforderte Entwaffnung die Abrüstung Deutschlands bedeutet, kommt sie unseren eigensten Wünschen entgegen. Wir wollen keinen Militarismus, keinen waffenstarrenden Frieden mehr! Kein Vernünftiger denkt an einen Revanchekrieg, auf den wieder ein Revanchekrieg Frankreichs folgen müßte und dann wieder einer von unserer Seite: Also die Metzelei in Permanenz. Diese Gefühlseinstellung muß auf beiden Seiten aufhören! Der ungeheure Krieg hinter uns und die Zerstörung, die er hinterließ, müssen doch den Vernünftigen aller Länder bewiesen haben, daß die Politik auf Grund der Interessengegensätze eine im Grunde verfehlte und zerstörende Politik ist, daß jede fruchtbare Politik sich auf die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen stützen muß. Die Not hat uns zu dieser Erkenntnis geführt und sie fängt auch auf der anderen Seite an, dahin zu führen. Wir also wollen die Abrüstung, und haben nichts gegen eine Entwaffnung in diesem Sinne. Wenn aber die Entwaffnung soweit geht, daß sie die demokratische Regierung, die eben diese friedliche Politik will, wehrlos macht und der militaristischen Reaktion oder einem ebenso aggressiven bolschewistischen System die Wege bahnt, so wird das gerade Gegenteil, nämlich die erneute Gefahr kriegerischer Entwicklungen herbeigeführt.

Nur im Interesse der Ordnung und des Friedens haben wir angesichts der Größe des Reichsgebiets und der tiefen Aufwühlung der Bevölkerung um eine Erhöhung der Sicherheitstruppen angefucht.

Wir müssen die Auslegung und Ausführung der Beschlüsse von San Remo abwarten, um zu sehen, wieweit wir hierfür Verständnis finden.

Die andere Tendenz, unser Wirtschaftsleben zu erhalten, die sich bereits in dem Londoner Wirtschaftsmanifest aussprach, begrüßen wir um so mehr, als jetzt auch Frankreich dazu geneigt zu sein scheint. Und das wichtigste Ergebnis der Konferenz, die Einladung nach Spa, kann, wenn sie zu Besprechungen in wirklich friedlichem Geiste mit gutem Willen von beiden Seiten führt, einen großen Schritt zur Versöhnung der Völker und zur Heilung der Wunden Europas bedeuten. Insoweit Ihr Ministerpräsident durch seine Reden, seine Initiative und seine Betätigung auf der Konferenz auf einen günstigen Ausgang hingewirkt hat, bewundern wir seine staatsmännische Einsicht und sind mit ganzem Herzen auf seiten seiner Politik.

Mit alledem haben Sie aber auch die Antwort auf Ihre zweite Frage. Auf Einzelheiten des Programms einzugehen, wäre verfrüht. Wir wissen ja noch nicht, welche genauen Fragen in Spa zur Erörterung gestellt werden sollen. Wir werden uns jedenfalls bemühen, in dem Sinn dort zu wirken, wie ich es Ihnen eben angedeutet, im Sinne einer Verständigung der Völker und einer Erkenntnis ihrer Solidarität und der Beförderung des Wiederaufbaues des fast zugrunde gerichteten Europas."

Notizen.

Los vom Saargebiet. Den Bürgern des Grenzortes Einöd in der Gegend von Zweibrücken in der bayrischen Pfalz war das Recht vorbehalten, darüber abzustimmen, ob sie weiter zur bayrischen Pfalz oder zum Saargebiet gehören wollten, mit dem sie durch wirtschaftliche Bande eng verknüpft sind. Am 15. Mai, abends tagte zum zweiten Male eine öffentliche Volksversammlung über diese Frage. Die auf eine äußerst lebhafte Debatte folgende Abstimmung ergab, als einmütiges Resultat: Los vom Saargebiet! Dieses Ergebnis zeigt, wie weite Kreise der Pfalz über dieses Staatsgebilde denken.

Der Auswanderungsgedanke in der Pfalz. Eine aus allen Schichten der Bevölkerung stark besuchte Auswandererversammlung in Ludwigshafen (Pfalz) zeigte, inwieweitgehendem Maße der Auswanderungsgedanke bereits Fuß gefaßt hat.

Ein internationaler Gerichtshof. Nach einer Meldung aus Rom wird die Zusammenkunft des Ausschusses von Juristen, der den Entwurf zur Errichtung eines internationalen ständigen Gerichtshofes ausarbeiten soll, auf Ersuchen der niederländischen Regierung im Friedenspalast im Haag abgehalten. Die Zusammenkunft soll etwa am 11. Juni stattfinden.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

40. Fortsetzung.

„Nicht anders können? Aber ich bitt' dich, sag' nur, warum denn nicht?"

„Mußt nicht danach fragen, Franzl, das kann ich niemandem sagen."

Die beiden Mädchen schwiegen eine Weile und schritten wacker aus.

Ein dichter Wald, der linker Hand über alle Hügel sich ausbreitete, war auch nach der Ebene herabgestiegen und zwischen Aecker und Wiesen weit in das flache Land vorgerückt, mitten durch diesen breiten, grünen Streif führte nun in vielen Krümmungen die Straße, aber ehe man die erste Wegbeuge erreichte, zweigte ein schmaler Steig ab, der quer den Wald durchschnitt und daher von allen Fußgängern benützt wurde.

Am Eingange dieses schattigen Waldweges stand Florian und wartete auf Magdalena; als er sie nun in Begleitung herankommen sah, tat er einen leisen Fluch und verbarg sich hinter das Gesträuch.

Die Kiesbuber Franzl war kurzbeiniger als ihre Freundin und ihr fiel das Schritthalten bald beschwerlich. „Du Leni," sagte sie, „mußt nicht gar so scharf gehen, da tragen einen die Füße leicht weiter, als man will. Wenn wir so fort daherrennen, kommen wir heut' noch bis hinunter in die Türkei."

Da Magdalena schweigend vor sich niederblickte und in gleicher Eile dahinschritt, fuhr sie fort: „Du, das wär' so eine Geschichte, dort sollen sie die Weibsleute verkaufen, bin doch neugierig, für wen sie mehr Geld lösen, für dich oder für mich?"

Und als auch jetzt die Freundin nichts sagte, sondern nur ihre Schritte mäßigte, da hielt Franzl schwer atmend inne. „Weißt, ich mag aber nicht in die Türkei und mit dir mag ich auch nicht weiter gehen," — damit warf sie sich weinend an Magdalenas Brust. — „Arme Leneri du, kann dich nicht einmal mehr die dumme Franzl zum Lachen bringen? Gelt, dir ist wohl gar so viel hart? Es wird schon wieder anders werden, — gelt, es wird schon wieder anders werden?"

„Ich hoff' ja."

Die Franzl war ihrem Vorwurfe über die Augen gefahren, sie bedachte nicht, daß das die feine Schürze war, die zum Sonntagsstaat gehörte und die sie heute gar zur Kirchweih trug, erst als sie dieselbe zerknittert vom Gesichte wegzog und den Stoff prüfend etliche Male zwischen den Fingern befühlte, da machte sie eine Miene, als stünde sie einer fürchterlichen Gewißheit gegenüber, und da mußte Magdalena unwillkürlich lächeln.

„Und soll sie hin sein," schrie Franzl, lustig in den Boden stampfend, faßte die Schürze mit beiden Händen und zog eine breite Querfalte. „Weil ich nur weiß, daß du das Lachen nicht ganz und gar verlernt hast." Sie faßte Magdalena um die Mitte, legte den Kopf an ihre Schulter und sah zu ihr auf. „Jetzt magst mir schon wieder gefallen. Ich hätt' sonst heute keinen Schritt tanzen können, nun will ich aber dazuschauen, und jetzt behüt' dich Gott, herztausendschöner Schatz, und laß bald von dir hören, was Gutes, weißt du! Noch eins, — auf den Tanzboden wird er wohl nicht kommen, aber wenn ich ihn zunächst sehe, soll ich ihn grüßen von dir?"

„Nein, Franzl, wo sich zwei wirklich aus dem Sinn müssen, da tut kein Erinnern gut, da wär' besser, es könnt' eines vergessen helfen. Und jetzt leb' wohl, behalt deine Lustigkeit und deine Brauheit, ich frag' dir schon nach. Behüt' dich Gott!" Damit betrat sie den schmalen Waldweg und schritt rasch dahin.

„Behüt' dich Gott." Die Dirne sah der Davoneilenden nach, bis sie die Zweige der Büsche deckten, auch der Bursch war aus seinem Versteck getreten und sein starrer Blick haftete noch an der Stelle, wo sie ihm entschwand.

„Ich gönne es ihr," dachte er stille bei sich, „daß sie sich so ruhig in das fügen kann, wogegen ich mich aufbäum', weil es unsinnig ist! Sie hat recht. Vergessen wär' wohl das Geschehene, sie wird es wohl zuwege bringen und ich kann ihr keinen Vorwurf daraus machen. Aber es ist halt doch leicht, auf und davon rennen und eines im Jammer am Ort zurücklassen, was tu' ich jetzt: wie verbring' ich meine Zeit? Jeder andere mag sich über so was ehrlich hinunterkränken, auch das soll da nicht erlaubt sein! Sie ist ja meine Schwester; wie stolz könnt' ich sein, wär' sie das, wie andere eine haben! Aber mir verkehrt sich das Rechtschaffenste in der Welt zur Ausnahm', ich taug' nicht mehr unter die Leute wie ein anderer Mensch, ihr ganzes Getu' und Wesen hat einen gar anderen Sinn für mich. Mitten auer durch fahr' ich euch, was liegt auch daran und was bekümmert mich euer Schreien, weil doch alles Lug und Trug ist, nur daß es gar eine weiß und der andere nicht. Ihr Herrgottsbande auf der Welt, ich will euch zeigen, daß ich mich auskenne! Unter ihren Augen wär' mir zu weh gewesen und ich hätt' es ihr nicht antun mögen, daß sie sich meiner schämen muß, sie aber schaut ja selber dazu, daß sie mir aus dem Gesichte kommt, was brauch' ich noch weiter auf mich selbst zu halten?!"

Unwillkürlich sagte er laut: „Sie ist weg und damit alles, was mich freuen kann!"

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Die Kantgesellschaft wird ihre diesjährige Tagung von Sonnabend, den 29. Mai bis Sonntag abend, den 30. Mai in der Aula der Universität Halle abhalten. Der Mitgliederversammlung wird eine gelonderte Vorversammlung vorangehen, in der eine Reihe wissenschaftlicher Vorträge zu Gehör gegeben werden. Prof. Dr. Kraus-Prag wird über: Fiktion und Hypothese in der Einsteinschen Realitätstheorie sprechen. An der Debatte wird sich voraussichtlich Prof. Einstein selbst beteiligen. Die Verhandlungen sind öffentlich. Dieser wissenschaftlichen Konferenz über den positivistischen Idealismus in der Richtung der Philosophie des „Als ob" werden am Sonntag nach der geschäftlichen Sitzung weitere öffentliche Verhandlungen folgen. Prof. Dr. Paul Natorp-Marburg wird einen Rückblick und Vorblick über: „Die Fortbildung des kritischen Idealismus" geben. Prof. Dr. Arthur Liepert-Berlin hat das Korreferat: „Zukunftsaufgaben und Entwicklungswege des Neu-Kantianismus" übernommen. Der Zutritt zu den wissenschaftlichen Verhandlungen ist jedem gestattet, der sich für Philosophie interessiert.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr gelangt die Oper „Hans Heiling" zur Aufführung. Freitag abend 7 Uhr „Lohengrin", Sonnabend geht unter der Spielleitung von Eugen Teucher das Lustspiel „Tartüff" von Molière in Szene. Es sind beschäftigt Dora Debicke, Helene Senken, Hedwig Jonas, Irma Grawi, Willi Schur, Georg Ottman, Josef Krahé, Alfred Volke, Hermann Wedding, Otto Tiedemann, Georg Lippert. Am Sonntag (1. Pfingstfeiertag) nachm. Volksvorstellung „Helden", abends „Der Bettelstudent", Montag (2. Feiertag) nachm. Volksvorstellung „Heimat", abends „Carmen". Der Vorverkauf für die Dienstag-Vorstellung „Im weißen Rößl" beginnt am Freitag vorm. 10 Uhr.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag (1. Feiertag) abend 7½ Uhr der Schwank „Die Rutschbahn" von Heinz Gordon und Kurt Götz und am Montag (2. Feiertag) abend 7½ Uhr die Komödie „Flachsmann als Erzieher" von Otto Ernst durch das Stadttheaterpersonal zur Aufführung.

Städt. Solbad Wittekind. Für die Leitung des Nachmittags- und Abendkonzertes am 2. Pfingstfeiertag ist die weltbekannte Gastdirigentin Ludmilla Gebricke gewonnen worden. Näheres wird noch bekanntgegeben. (Siehe heutige Anzeige.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0002

Enthüllungen aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Wahlkampf war bisher arm an Sensationen. Der Uebertritt einiger abgelegter Freisinnsgrößen zu Stresemann konnte als solche nicht gelten. Nun begibt sich aber etwas, was in der bisherigen Geschichte deutscher Wahlkämpfe doch etwas ziemlich Außerordentliches darstellt: Der bisherige Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei hat sein Amt niedergelegt und tritt im demokratischen „Berliner Tageblatt" mit einer Veröffentlichung hervor, in der er diesen Schritt rechtfertigt.

Herr Burgemeister, der ohne diesen Zwischenfall berufen gewesen wäre, die ganze Wahlagitation der Deutschnationalen zu leiten, spricht heute in Anwendung auf diese Wahlagitation von dem „plumpsten Stimmenfang", von dem „ganzen erschreckenden Tiefstand der politischen Moral in jenen Kreisen, die Jahrzehnte hindurch die berufensten Hüter der Staatsautorität zu sein glaubten."

Herr Burgemeister übernahm das Parteigeschäft auf Grund des Novemberprogramms von 1918, das sich anscheinend mit den vollzogenen Tatsachen abfand und eine verhältnismäßig freiheitliche Sprache führte. Gegen dieses Programm hat, wie er jetzt erzählt, der konservativ alldeutsche Flügel das ganze Jahr 1919 hindurch angekämpft mit dem Erfolg, daß es schließlich ganz in die Versenkung verschwand. Dieser Erfolg wurde nach Herrn Burgemeister herbeigeführt durch die außerordentlich geschickte agitatorische Mache der Westarpgruppe und „die beispiellose Rücksichtslosigkeit vieler aus ganz anderen Lagern in die Partei verirrter Politiker". Auf diese Weise gelang „das betrügerische Spiel, vermittels eines in seinen Kernpunkten freiheitlichen Programms erzreaktionäre Wahlmache und Umsturzpropaganda zu betreiben".

Am schmerzlichsten treffen die Enthüllungen Burgemeisters seine Partei an der Stelle, an der von ihrer Putschpolitik die Rede ist. Es wird mitgeteilt, daß die Parteiopposition schon im Herbst 1919 sich genötigt gesehen hat, mit besonderer Schärfe gegen die jetzt von den Deutschnationalen so schamhaft abgeleugneten Putschabsichten Stellung zu nehmen. Daraus ergibt sich, daß die Frage „Putsch oder nicht?" schon seit einem halben Jahr vor der Ausführung des Handstreiches in internen Kreisen der Partei diskutiert worden sein muß. Burgemeister erhebt gegen den Parteivorsitzenden und früheren Finanzminister Hergt den schweren Vorwurf, er habe die Opposition gegen die Putschpolitik aus Mangel an Mut oder gutem Willen unterdrückt.

Herr Burgemeister schildert dann, wie unter dem Einfluß des Alldeutschtums der Satz zum Dogma erhoben wurde, daß die Revolution den Verlust des Krieges herbeigeführt habe. Burgemeister ist sich von vornherein klar darüber gewesen, daß dieser Satz allen geschichtlichen Tatsachen widerspricht und nur denkträgen, vergeßlichen und unaufgeklärten Massen aufgezwungen werden konnte.

Die Lüge von der erdolchten Front ist also selbst in deutschnationalen Kreisen als solche erkannt worden, aber skrupellos wurde sie weiter verbreitet, um die „denkträgen, vergeßlichen und unaufgeklärten Massen" zu betrügen.

Eine betrübe humoristische Wendung nimmt der Bericht des bisherigen Generalsekretärs der Deutschnationalen Volkspartei, wenn er zur Schilderung der antisemitischen Treibereien innerhalb der Partei übergeht. „Der Radikalismus", schreibt er, „kannte bald keine Grenzen mehr, und mancher gutgläubig-teutonische Mann mußte sich von noch reinblütigeren Langschädeln nachweisen lassen, daß auch sein Blut durch den gefürchteten semitischen Bazillus verseucht sei". Dieses Pech hatte unter anderem auch der Parteiführer Graf Westarp, dem der Leipziger Antisemit Dr. Pudor im „Deutschen Volksrat" vom 19. November 1919 nachsagte, er habe zwei Jüdinnen in seiner weiblichen Ahnenreihe. Auch der Parteivorsitzende Hergt wurde jüdischer Versippung verdächtigt. Die Radikalen der Partei wollten sogar das „semitisch-pazifistische Christentum" durch „deutschgläubige Gemeinden", das Kreuz durch das Hakenkreuz ersetzen.

Heute, sagt Burgemeister, sei das November-Programm völlig fallen gelassen worden und damit zugegeben, **daß es nur ein raffiniertes agitatorisches Mittel zum reaktionären Zweck gewesen sei.** Wegen seiner Treue zu diesem Programm wurde Burgemeister auch seines Postens als Generalsekretär enthoben und kehrte **bald darauf der Partei selbst den Rücken.** Jetzt schreibt er:

> **Putschismus, alldeutsche Zusammenbruchslegende und Antisemitismus waren dadurch einwandfrei als Teilaktionen eines großen Planes erwiesen, der die Republik zum Zusammenbruch führen und für eine Säbeldiktatur die Bahn frei machen sollte.**

Von seiner bisherigen Partei sagt Burgemeister, sie verstehe wohl die durch einen langen Krieg materiell und seelisch verarmten Massen um ihr Lebensrecht zu betrügen, ihnen aber nur Steine statt Brot zu liefern, und er schließt:

> **Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, vielen Unentschiedenen die Augen zu öffnen, damit sie am Tage der Wahl nicht einer klug berechneten Täuschung erliegen, unter deren Folgen sie selbst und ihre Nachkommen auf Jahrzehnte hinaus zu leiden hätten.**

So spricht heute ein Mann, der bis vor kurzem selber deutschnational gewesen ist, in der Deutschnationalen Volkspartei den hervorragendsten Vertrauensposten bekleidet hat und daher besser als irgendein anderer imstande war, hinter die deutschnationalen Kulissen zu blicken. Am 6. Juni wird zugleich mit der Zählung der deutschnationalen und der volkspartellichen Stimmen festgestellt werden, wieviel „denkträge, vergeßliche und unaufgeklärte Massen" es in Deutschland noch gibt.

Protest gegen belgische Gewaltherrschaft. Eine große Protestversammlung der „Vereinigten Landsmannschaften" der Eupener, Malmedyer und Monschauer Groß-Kälns erhob machtvollen Einspruch gegen die Ausweisungen und gegen das Abstimmungsverfahren in den bedrohten Kreisen. Es wurde an das Gewissen der Völker, den Völkerbund, und nicht zuletzt an das belgische Volk appelliert. **Während der Rede** des sozialdemokratischen Abgeordneten wurde Dr Krieger, der Sprecher für die abgetretenen Gebiete, beim Verlassen des Saales von englischen Soldaten verhaftet und abgeführt. Die Versammlung erhob sofort lebhaften Protest.

Der Empfang der britischen Arbeiterdelegation in Petersburg. Nach einem Petersburger Funkspruch wurde die britische Arbeiterdelegation, die die russische Grenze am Dienstag voriger Woche passierte und am Mittwoch in Petersburg eintraf, außerordentlich feierlich empfangen. Die militärische Begleitung hatte Paradeuniform angelegt, und es wurden Demonstrationszüge der Arbeiter mit Musikkapellen und Fahnen veranstaltet. Peiersburg hatte festlichen Schmuck angelegt. Losowsky, Mitglied des Zentralausführungskomitees der russischen Gewerkschaften, begrüßte die Delegierten und sagte in französischer Sprache: Wir haben englische Tanks, englische Geschütze und freuen uns sehr zum erstenmal die Vertreter der großen britischen Arbeiterbewegung zu sehen.

Politisches Geheimbüro in Mecklenburg. Am 16. Mai 1920 ist in Schwerin ein politisches Geheimbüro des Stabes Lettow-Vorbeck ausgehoben worden. Ferner wurde auf verschiedenen Gütern in der Nähe von Bützow eine große Menge Waffen, Munition und Flugzeugteile beschlagnahmt.

Gewerkschaftliches.

3. Verbandstag der Bauarbeiter.

Karlsruhe, 14. Mai 1920.

In der hiesigen Festhalle tagte vom 8 bis 14. Mai der dritte Verbandstag der Bauarbeiter, zu dem 275 Delegierte erschienen waren. Ferner Vertreter aus Holland, Schweden, Schweiz, Ungarn, Böhmen und Tschechoslowakei.

Den Geschäftsbericht erstattete am zweiten Verhandlungstage Verbandsvorsitzender Döblow-Hamburg. Er verwies auf den glänzenden Mitgliederaufstieg bis 470 000, besprach die politische Arbeit des Verbandes, wobei er betonte, daß er fest auf dem Boden der Nürnberger Resolution stehe: Neutral den Parteien gegenüber, ohne Politik komme aber jetzt keine Gewerkschaft herum.

Es folgten Berichte des Kassierers und der Redaktion. Dann bekam Brandler-Chemnitz als Vertreter der Opposition eine Stunde Redezeit. Er griff den Vorstand scharf an, der in den alten Gleisen weiter gearbeitet habe. Heute gelte es nicht nur Lohnerhöhungen, sondern Befreiung vom Kapitalismus; die Kommunisten wollten keine Zersplitterung, aber Freiheit innerhalb des Verbandes für ihre Ideen. Die Politik des Vorstandes sei genau so gut zusammengebrochen, wie Winnig.

Mit eindrucksvollen Worten wurde von Vertretern der Vorstandspolitik darauf hingewiesen, daß die politische Zersplitterung nicht in die Gewerkschaft hineingetragen werden darf. Es würde zwar gesagt, wir wollen die Zersplitterung nicht, aber das ist anfangs auch in der Partei gesagt worden, bis der Bruch da war.

Nach langen Auseinandersetzungen wurde gegen etwa 70 Stimmen dem Vorstand Entlastung erteilt. Angenommen wurde dann mit 210 gegen 91 Stimmen eine Resolution, in der es heißt:

„Der Deutsche Bauarbeiterverband ist entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses parteipolitisch neutral. Alle Mitglieder des Verbandes steht es frei, einer Partei anzugehören, die ihrer politischen Ueberzeugung entspricht. Kein Verbandsmitglied darf wegen seiner politischen Ueberzeugung oder wegen politischer Handlungen ausgeschlossen oder sonstwie benachteiligt werden. Der Verbandstag spricht aus, daß es wider die Neutralität verstößt, wenn Gelder des Verbandes oder Mittel, die im Namen des Verbandes aufgebracht werden, politischen Parteien überwiesen werden. Weiter steht der Verbandstag auf dem Standpunkt, daß bei Besetzung von Posten oder bei Wahlen innerhalb des Verbandes nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten ausgegangen werden darf."

Der Fall Winnig beschäftigte den Verbandstag, trotzdem Winnig aus dem Verband ausgetreten ist. Ein Antrag wollte Winnig für unwürdig erklären und die Wiederaufnahme von einem Beschluß eines Verbandstages abhängig machen, er sei ausschlußreif gewesen, wenn er nicht ausgetreten wäre. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgte hierauf eine gründliche Aussprache über die Sozialisierung. Sie wurde eingeleitet von Referaten der Kollegen Esslinger-Hornburg und Stadtbaurat Wagner-Berlin. Ihr Ergebnis ist die Annahme folgender Resolution:

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von den Maßnahmen, die der Verbandsvorstand zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes ergriffen hat. Er billigt diese Maßnahmen, bedauert aber, daß Reich, Länder und Gemeinden für die Sozialisierung des Baugewerbes bis jetzt fast gar nichts getan haben. Der Verbandstag begrüßt es, daß die baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter angesichts der Widerstände der entscheidenden Stellen in Reich, Ländern und Gemeinden gegen die Sozialisierung zur Selbsthilfe gegriffen und Genossenschaften und andere soziale Baubetriebe geschaffen haben. Er billigt weiter die Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe durch die baugewerblichen Arbeiter- und Angestelltenverbände und sichert dem zu gründenden Verbande seine moralische und finanzielle Unterstützung zu. Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, seine Bemühungen um die Sozialisierung des Baugewerbes tatkräftig fortzusetzen und dem nächsten Verbandstage über seine Tätigkeit und Erfolge erneut Bericht zu erstatten.

Angenommen wurde auch der Vorstandsantrag 5 Millionen für den neuen Verband sozialisierter Baubetriebe zur Verfügung zu stellen. Nach einem Referat Döblow über die Arbeitsgemeinschaften beschloß der Verbandstag mit ⅔ Mehrheit den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Der Verbandstag bekundete jedoch seine Bereitwilligkeit, auch in Zukunft in ein Vertragsverhältnis mit den Unternehmern zu treten, wenn der Inhalt des Vertrages den berechtigten Wünschen und Forderungen der Bauarbeiter erfüllt. Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Vertrages legt der Verbandstag in die Hände des Verbandsbeirates, der durch die Bezirke verstärkt wird.

Von den vorgenommenen Statutenänderungen sind zu erwähnen, daß in Zukunft Mitglieder, die zur Reichs- oder Sicherheitswehr übertreten, aus dem Verbande ausscheiden, dagegen bleiben Kollegen, die den Bürger- oder Einwohnerwehren beitreten, Mitglieder des Verbandes.

Das Eintrittsgeld wird auf 3 Mark erhöht, die Beiträge auf 75 Prozent eines Stundenlohnes festgesetzt. Bei Arbeitslosigkeit und Krankheit wird kein Beitrag erhoben.

Die Unterstützungssätze werden entsprechend den neuen Beiträgen geregelt. Sie betragen nunmehr bei Streiks in der niedrigsten Klasse von 4 bis 8 Mark täglich, in der höchsten Klasse von 10,40 bis 20 80 Mark täglich, in Einzelfällen bis zu 30 Mark, dazu kommen noch die Sätze für Kinder.

Für politische Streiks werden keine Unterstützungen bewilligt, dahingehende Anträge werden ausdrücklich abgelehnt.

Die Erhöhung der Streikunterstützung bedeutet eine fünf- bis sechsfache Steigerung gegenüber den heutigen Sätzen. In gleicher Weise wird die Erwerbslosen-Unterstützung reformiert. Die Alters- und Invalidenunterstützung wird neu eingeführt.

Die Wahl des Verbandsvorstandes brachte keine Veränderung in der Zusammensetzung desselben.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

WTB. Berlin, 19. Mai. Der Reichsrat nahm heute die neue Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 an. In dieser Ordnung wird an der Zwangsbewirtschaftung sämtlicher Getreidearten festgehalten. Auch der Hafer unterliegt wiederum der Zwangswirtschaft. Die neue Verordnung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 sieht ebenfalls von der freien Wirtschaft mit der bereits bekanntgegebenen Systemänderung ab.

Die Liste der Kriegsverbrecher.

WTB. Berlin, 20. Mai. Die Meldung, daß in der neuen Liste der Entente über die „Kriegsschuldigen" genaue Beweisangaben gemacht und Zeugen benannt worden seien, ist, wie die Blätter wissen wollen, nicht richtig. Die Angaben sind nach wie vor ganz allgemein gehalten und so mangelhaft, daß sich darauf eine Anklage nicht aufbauen läßt.

Völkerbund und Finanzkonferenz.

WTB. Amsterdam, 19. Mai. Nach einer Meldung des „Telegraaf" aus New York hat der Sekretär des Völkerbundes die Regierung der Vereinigten Staaten davon verständigt, daß die Finanzkonferenz in Brüssel aufgeschoben ist. Laut „Journal of Commerce" würde das Washingtoner Staatsdepartement für die offizielle Beteiligung an der Konferenz sein, während Wilson nur Delegierte entsenden will.

Asquith klagt die englische Regierung an.

WTB. Amsterdam, 19. Mai. Laut „Nieuwe Rotterd. Courant" klagte Asquith in seiner gestrigen Rede die englische Regierung an, daß sie die Tatsache der Unterstützung Polens durch England dem Parlament verborgen habe. Polen habe einen unverantwortlichen Angriff gemacht und die Grundsätze des Völkerbundes verletzt. Asquith verlangt den Abschluß eines wirklichen Friedens, Abrüstung, Zutritt der vormaligen Feinde zum Völkerbund und unverzügliche Feststellung der Last, die auf den Besiegten ruht.

Binnenschifferstreik und Lebensmitteltransporte.

WTB. Berlin, 20. Mai. Heute vormittag sollen sechs große Kähne mit Lebensmitteln aus Hamburg in verschiedenen Berliner Häfen einlaufen. Es handelt sich, wie verschiedene Blätter berichten, um einen großen Transport amerikanischen Ochsenfleisches. Jeder Lebensmittelkahn erhielt in Hamburg zwei Maschinenmeister, einen Schiffer, zwei Bootsleute und einen Fleischbeschauer von seiten der Hamburger freiwilligen technischen Nothilfe zugeteilt. Außerdem wurde dem Transport eine Besatzung von 25 Beamten der Hamburger und Berliner Sicherheitspolizei beigegeben. An der Einmündung der Havel in die Elbe hielt die Streikleitung der Binnenschiffer den Transport an und untersagte die Weiterfahrt. Erst nach vier Tagen waren die Verhandlungen mit dem Streikkomitee beendet, und die Kähne wurden in die Havel eingelassen.

Die Umformung des Verwaltungskörpers.

WTB. Berlin, 20. Mai. Wie das „B. T." erfahren haben will, ist als Nachfolger für den ausgeschiedenen rechtsstehenden Oberpräsidenten von Hannover, Richter, der sozialdemokratische Abgeordnete Südekum ausersehen. Der neue Regierungspräsident von Hannover werde der demokratischen Partei, der Regierungspräsident von Hildesheim dem Zentrum entnommen werden.

Lebensmittel-Kalender.

Fleischverkauf. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird Rindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 22. Mai, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 17. bis 23. Mai. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 25. Mai an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 150 Gramm 3,60 Mk.

Zum Freibankverkauf am 21. Mai werden gegen Abgabe der Fleischmarken die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 2051—2150.

Verkauf von Corned-Beef. Am Sonnabend, den 22. Mai, werden bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Corned-Beef verabfolgt. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 21 der Einfuhr-Zusatzkarte (Speck). Der Verkaufspreis beträgt 2,40 Mk. für 100 Gramm. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Markenabschnitte in üblicher Weise bis zum 25. Mai an das Stadternährungsamt abzuliefern.

Städt. Verkauf von Rosgoulasch, Fleisch- und Wurstkonserven und Knochenbrühextrakt. Am Freitag vorm. von 8—12 und nachm. von 2—6 Uhr und Sonnabend vorm. von 8—1 Uhr werden Rosgoulasch in Einkilodosen zum Preise von 11 Mark und Fleisch- und Wurstkonserven in ½-Kilodosen zum Preise von 5 Mark verkauft. Außerdem wird Knochenbrühextrakt in 500-Gramm-Dosen zum Preise von 2,50 Mark freihändig abgegeben.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 21. Mai, auf den Abschnitt 36 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Bergholz, Weißenburg Straße 12 und in der Verkaufsstelle der Memberger Molkerei, Lindenstraße 52, an letzter Stelle nur von 2 bis 6 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mark abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Dienstag, den 25. Mai, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Weizenmehl an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule am Freitag, den 21. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der gelb umränderten Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501 bis 73 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 73 501 bis 78 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede zum Haushalt gehörige Person wird gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ½ Pfund Weizenmehl zum Preise von 35 Pfennig abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städt. Verkauf von Kerzen in der Talamtschule am Freitag. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501—73 500 vorm. von 8—12 Uhr und 73 501—78 500 nachm. von 2—6 Uhr. Es werden an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, 2 Kerzen zum Preise von 80 Pf. für das Stück abgegeben. Für Unregelmäßigkeiten beim Bezuge gelten die gesetzlichen Strafbestimmungen. Der Lebensmittelschein, in dem die Abgabe der Kerzen vermerkt wird, ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Thümel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Märkerstr. 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0003

Sozialdemokratische Partei (S. P. D.) Weißenfels

Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, in „Schumanns Garten"

öffentliche Wählerversammlung

Redner: Parteisekretär **Pikard** - Halle. Parteigenossinnen und Genossen, sorgt für starken Versammlungsbesuch.

Walhalla-Operettentheater.
Täglich 7½ Uhr:
Sensationellen Erfolg!
Czardasfürstin.
Kasse v. 10-1½ u. ab 5.

Stadt-Theater.
Freitag, den 21. Mai 20, Anfg. 7, Ende 10½ Uhr:
Lohengrin.
Sonnabend:
Tartüff.

Z O O.
Junges
Nilpferd
eingetroffen.
Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Thalia-Theater.
Gastspiele des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 23. Mai 1920. abends 7½ Uhr:
Die Rutschbahn.
Montag, den 24. Mai, abends 7½ Uhr.
Flachsmann als Erzieher.

U.T.

Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.
Ab Freitag, d. 21. Mai 1920
das große 6 aktige Filmwerk
Erpresst
oder
Der Fluch der Vergangenheit
Hauptrollen:
Gertrud Welker
Ernst Deutsch
Vorführung: 4.30. 6.40. 9.00.
Leo Peukert
in dem Lustspiel
Leo der Entführer
Vorführung: 4.10. 6.20. 8.30
Die neuesten Wochenberichte.
Heute letzter Tag:
Gaukelspiel des Glücks

Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.
Ab Freitag, d. 21. Mai 1920
Erst-Aufführung
Des Teufels Advokat
Ein ergreifendes, spannend. Drama in 6 Akten mit
Robert Scholz
Edith Meller
Vorführung: 4.30. 6.40. 9.00.
Junges Gemüse
Lustspiel in 2 Akten mit
Frederic Buch
Vorführung: 4.00. 6.10. 8.20.
Freiburg, die Perle des Schwarzwaldes Naturaufnahme.
Heute letzter Tag:
Darwin

Handleiterwagen
Kastenkarren
Maler- u. Stufenleitern
Sprossenleitern
Bohnenstangen
Waldlatten
Harken
Baum- u. Rosenpfähle
Kleereiter, kompl.
Teerpappe und Dachplinte
in allen Größen vorrätig
Louis Deparade,
Holzhdlg., Mansfeldterstr. 41.

Bad Wittekind
Voranzeige:
Bei gutem Wetter am zweiten Pfingstfeiertage.
nachm. 3½ bis 6½ Uhr:
Extra-Konzert
(Wiener Walzer und Operetten),
abends 8 bis 10½ Uhr:
Strauss-Abend
vom
Philharm. Orchester.
Leitung:
Gastdirigentin
Ludmilla Gehrecke.

Apollo-Theater
Anfang täglich 8 Uhr:
Der große Dachschlager:
Fliegentütenheinrichs Hochzeit
mit Paul Beckers.

1687
Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Haussengler,
Metallwarenfabrik Barfüßerstr. 9. Telefon 1190
Gegründet 1889.

Zwirn
1000 Röllchen Mk. 250.— frei
Masch.-Garn
100 Rollen Mk. 230.— frei
Versandhaus „Mothes", Berlin-Lichterfelde S.

Echt Porzellan-
Kaffee-Service
mit reichhaltigen Dekoren bringe preiswert zum Verkauf.
Teller
in allen Preislagen.
Sobel,
Steinweg 48.
Gottbrechtstr. 2. Freistedt
Ammendorf-Bahnhofstr.

Thalia-Theater
Ringkampf-Konkurrenz
Heute Donnerstag, den 20. Mai, abds. ½9 Uhr, ringen:
Zaremba (Polen) gegen Huber (Schweiz)
Buchheim (Deutschland) gegen Görner (Weltrekordstemmer)
Entscheidungskampf:
Böhm (Amat.-Weltmeister) gegen Roland (Europa)
Vorher das brilliante Varieteeprogramm.
Einheitspreise 4.50 u. 2.90 (inkl. Billettsteuer)
Kassenöffnung ½7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Generalversammlung
des Verschönerungs-Vereins
Donnerstag, den 3. Juni abends 7 Uhr, im Hotel Preußenhof, Delitzscherstraße 3.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Entlastung, 3. Haushaltsplan, 4. Abtretung der Rechte am Galgenberg und an der Fiebigerschlucht an die Stadtgemeinde, 5. Sonstiges.
Der Vorstand.

Sozialdemokr. Partei Halle,
Wahlleitung: Gr. Ulrichstraße 27.
Freitag, den 21. Mai abends 8 Uhr im Saale der
Neumarkt-Schützengesellschaft, Harz 41
Beamten-Wähler-Versammlung
Redner sind: Die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten
Oberpostassistent **Grouefeld**, Berlin
Oberbahnassistent **Kunezemann**, Halle a. S.
Hierzu ladet ein
Eintritt 50 Pfg. **Die Wahlleitung.**

Mitteldeutsche Zigaretten- u. Tabakfabriken Halle
D. Felixbrodt
Abtl. Kleinverkauf Geiststr. 26.
Wir empfehlen diese Woche unsere beliebte kleine Zigarre
Metzfahne Nr. 2.
Garantiert rein Uebersee. In Packung zu 20 Stück
Stück 60 Pfg.
Beachten Sie unser Schaufenster.
Marken eigener Fabrikation zu Original-Fabrikpreisen.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Die schönsten Pfingst-Anzüge
Sport-Paletots
Ulster
Bozener Mäntel
Einzelne Hosen
mit und ohne Umschlag
in grosser Auswahl zu billigen Preisen
Beachten Sie gefl. meine Schaufensterauslag.
Julius Hammerschlag
36. Ulrichstrasse 36.

Grossen Posten
echten Nordh. Kautabak
Knoten, Mittel- und schwache Rollen (an Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen)
A. M. Berndt, vorm. K. Gimpel,
Alte Promenade 6.
Nicht mit Neue Promenade zu verwechseln.

GT
Gr. Ulrichstrasse 51.
Fernruf 4681.
Wochentags: Einlass 3½ Uhr
Beginn 4 Uhr.

Ab Freitag, den 21. Mai: **Erst-Aufführung!**
Das gewaltige Filmwerk:
Sinnesrausch!
Drama in 5 Akten.
Hierzu:
2 kleine reizende Lustspiele.
Heute letzter Tag der grossen „Film-Operette".

Für den **Pfingstbedarf** empfehlen wir
in großer Auswahl.

Damen- und Mädchen-Bekleidung — Kostüme — Kleider — Mäntel — Strickjacken — Röcke — Blusen in Seide und Wolle.
Waschkleider — Röcke — Blusen, weiß u. farbig in allen modernen Stoffen und Ausführungen — Kinder-Kleider in allen Größen.
Konfektionierte Weißwaren in allen Arten für Damen und Kinder Federrüschen — Lack- und Ledergürtel — Haarschmuck — Broschen — Ketten-, Perl-, Seiden- und Ledertaschen.
Unterröcke — Korsetts — Büstenhalter — Kinderleibchen — Kinderkittel — Knaben-Schwitzer und -Hosen — Kinderhäubchen — Mützen für Knaben und Mädchen.
Handschuhe — Strümpfe — Socken — Kinder-Söckchen.
Farbige Damenwäsche in einfacher bis elegantester Ausführung.
Herrenwäsche — Krawatten — Hosenträger — Taschentücher.

Brummer & Benjamin
Große Ulrichstraße 22/23.

Solbad „Fürstenthal"
Robert Franzstrasse 10, Telephon 2640, ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 8 Uhr.

Auf Kredit
liefere ich moderne
Herren-Anzüge
schon von 465 Mk. an.
Bequeme Teilzahlung.
Carl Klingler, Halle, Leipzigerstrasse 11, nur 1 Treppe.
Eingang Sandberg.

Generalversammlung d. Verkehrs-Vereins.
Donnerstag, den 3. Juni, abends 8½ Uhr, im Hotel Preußenhof, Delitzscherstr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Entlastung, 3. Gerüchte über Verlegung der hiesigen Eisenbahn-Direktion, 4. Verwendung des Flugplatzes, 5. Haushaltsplan, 6. Bericht über einen neuen Führer, 7. Wahl des Ausschusses, 8. Sonstiges."
Im Anschluß an die Generalversammlung Sitzung des Ausschusses: Wahl des Vorstandes. **Der Vorstand.**

Kakao, garant. rein
½ Pfd. Mk. 7.—
Zu den drei Glocken
Steinweg 10a, Gr. Ulrichstr. 11, Gr. Steinstrasse 44, Ludw. Wuchererstr. 44.

Zu Pfingsten billige Stiefel
Wiebachs Schuhwarenhaus, Kl. Ulrichstr. 11/12.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Schriftgewandte Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich im Parteibüro zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Wahlleitung.

Verein Arbeiterjugend. Morgen, Freitag, abend 7 Uhr ist ein interessanter Lichtbildervortrag des Gen. Görsch. Die Jugendgenossinnen und -genossen werden gebeten, sich vollzählig daran zu beteiligen. **Der Vorstand.**

„Freier Sängerchor." Freitag abend 8 Uhr Singestunde. Es ist notwendig, daß alle Sangesbrüder erscheinen, um die versäumte Stunde nachzuholen. **Sonntag, den 1. Pfingstfeiertag,** veranstaltet der Sozialdemokratische Verein einen Ausflug nach der Heide. Treffpunkt früh 6 Uhr an der Peißnitzbrücke. **Montag, den 2. Feiertag,** 11 Uhr vormittags, hält der „Freie Sängerchor" mit dem Sozialdem. Verein im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Straße 10, ein gemeinsames Matinee ab.

Die Sangesbrüder werden gebeten, an beiden Veranstaltungen vollzählig teilzunehmen. Wir bitten alle Sangesbrüder und Parteigenossen sich darauf einzurichten. **Der Vorstand.**

Referentenvereinigung der S. P. D. Heute abend 8 Uhr findet im „Augustinerbräu" eine wichtige Besprechung mit anschließendem Vortrag statt. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 20. Mai 1920.

Regierung und Beamtenbesoldung.

Ein wertvolles Geständnis.

Die Reaktionäre betreiben unter den Beamten eine grenzenlos verlogene Agitation mit der Behauptung, die Sozialdemokraten in der Regierung hätten nur Interesse für die Handarbeiter, um die Gehälter der Kopfarbeiter, namentlich der Beamten aber kümmerten sie sich nicht. In einem Artikel der deutschnationalen „Post", der anderen demagogischen Zwecken gewidmet ist, findet man aber folgende ungewollte Bemerkung:

„**So besoldet man** die **Beamten,** ohne die ahnungslose Minister nicht 24 Stunden regieren könnten, in **ausgiebigster** Weise und dämpft so für den Augenblick die oppositionelle Stimmung."

Dieses Lob ist allerdings übertrieben. Die durch den Krieg und die Helfferichsche Schuldenwirtschaft zerrütteten Staatsfinanzen lassen leider eine Besoldung der Beamten „in ausgiebigster Weise" nicht zu. Richtig aber ist, daß im Rahmen des Möglichen alles geschieht, um die Gehälter der Beamten der Teuerung anzupassen. Jedenfalls zeigt die Bemerkung der „Post", daß die Deutschnationalen bewußt lügen, wenn sie behaupten, daß die Regierung nicht für die Beamten sorge. Man kann aus dieser Bemerkung der „Post" auch auf den richtigen Wert jener Auslassungen der „Halleschen Zeitung" schließen, die sie unter dem Titel „Einzelheiten aus der preußischen Besoldungsreform" brachte, wenn sie auch später davon behauptete, sie hätte nur den Geist, der in dieser Besoldungsreform herrschte, kennzeichnen wollen. Den Beamten wird es aber in der Hauptsache darauf ankommen, daß von dem ehemaligen stockreaktionären Geist nichts mehr drin zu finden ist.

Ausübung des Wahlrechts durch Soldaten.

Ueber die Ausübung des Wahlrechts durch Soldaten hat der Reichsminister des Innern noch mitgeteilt, daß zu den Soldaten im Sinne des Reichswahlgesetzes nur Angehörige der vorläufigen Reichswehr und der vorläufigen Reichsmarine im Sinne der durch Gesetz vom 31. März 1920 in ihrer Gültigkeitsdauer verlängerten Gesetze vom 6. März und 16. April 1919 gehören, soweit sie nicht die Eigenschaft von Militärbeamten haben. In Militärlazaretten untergebrachte Angehörige des alten Heeres, sowie die erst jüngst aus dem Ausland zurückgekehrten und noch in Sammellagern befindlichen Kriegsgefangenen sind daher wahlberechtigt, es sei denn, daß sie zum neuen Reichsheer oder zur neuen Reichsmarine übergetreten sind. Desgleichen sind wahlberechtigt die Angehörigen der Abwicklungsstellen und des Heimkehrdienstes, da diese keine militärischen Stellen im Sinne der Reichswehrorganisation sind. Angehörige der staatlichen Sicherheitspolizei sind Landesbeamte, keine Soldaten. Auch der Reichswasserschutz zählt nicht zur Wehrmacht. Seine Angestellten sind daher wahlberechtigt.

Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsnot.

Der Magistrat macht folgendes bekannt:

Die Verordnung betr. Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 24. 12. 1919 wird wie folgt geändert:

§ 1. An Verfügungsberechtigten bezw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung oder Teile derselben innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt sind, oder feststellt, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen werden, dem Wohnungsamt, Abtl. Wohnungsnachweis, auf dem vorgeschriebenen Formular (Polizeiverordnung vom 13. Mai 1918) anzuzeigen. Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichneter Art erst verfügen, nachdem der Magistrat (Wohnungsamt) erklärt hat, daß er einen Wohnungsuchenden gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (bezw. § 3 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919) für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will, oder nachdem eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Magistrat (Wohnungsamt) sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig. Vermieter, die dieser Vorschrift zuwiderhandeln, unterliegen der im § 10 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 (bezw. im § 11 der Magistratsverordnung vom 15. Oktober 1919) festgesetzten Strafe.

§ 2. In Räume, deren Beschlagnahme auf Grund der dem Magistrat erteilten Ermächtigungen der zuständigen Staatsbehörden erfolgt, kann vorläufiger Anordnung des Magistrats (Wohnungsamt) ein Wohnungsuchender schon vor der Entscheidung des Mieteinigungsamtes eingewiesen werden, sofern der Bewerber einen angemessenen Mietzins zu zahlen bereit ist.

§ 3. Klagen auf Räumung von Wohnungen dürfen nur mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes angestrengt werden.

Ein Adreßbuch des Saalkreises

ist im Verlage von Ehrhardt Karras, G.m.b.H., Halle, erschienen. Das Adreßbuch verzeichnet die Einwohner aller im Saalkreise gelegenen Städte und Dörfer. Daneben enthält es die Adressen der amtlichen Stellen des Kreises. Das Buch wird ein ebenso unentbehrliches Nachschlagewerk für alle Geschäftsleute und Gewerbetreibende der Stadt Halle und des Saalkreises sein.

Eine Walderholungsstätte

eröffnet die Allgemeine Ortskrankenkasse am Donnerstag, den 20. Mai in der Heide. Die Aufnahmeanträge der Kassenmitglieder müssen durch Vermittlung des Kassenarztes gestellt werden. In die Walderholungsstätte sollen insbesondere Blutarme, Unterernährte und Lungenkranke aufgenommen werden. Obwohl die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse und die schwierige Beschaffung von Lebensmitteln den Betrieb solcher Fürsorgeanstalten zahlreiche Hindernisse bereiten und ungewöhnliche Geldopfer erfordern, so hat sich doch der Vorstand mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand der Kassenmitglieder im allgemeinen und auf die erschreckende Ausbreitung der Tuberkulose entschlossen, durch die Inbetriebnahme der Heilstätte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorge zu seinem Teile an der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und Volkswohlfahrt mitzuwirken. Möge der Erfolg für die erwerbstätige Bevölkerung hiervon nicht ausbleiben.

Die Postbeamten und die Besoldungsreform.

Der Verband des Post- und Telegraphenpersonals — Zahlstelle Halle — hielt am Montag, den 17. Mai, im Volkspark eine öffentliche Versammlung ab, in der Arbeitersekretär Lemd einen Vortrag hielt: Ueber den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Betriebsräte.

Redner geht ausführlich auf die Ursachen unseres wirtschaftlichen Zusammenbruchs ein und zeigt hierbei die Kräfte an, die auf diesen hinwirkten. Der Wiederaufbau kann nur durch die Zusammenarbeit der Hand- und Kopfarbeiter bewirkt werden. Mit der wirtschaftlichen Gleichberechtigung wird erst die freie Bahn dem Tüchtigen geschaffen. Vom Kollegen Schlimme werden die Ausführungen wirksam ergänzt.

Ueber die Besoldungsreform berichtet Kollege Spröte und bringt hierbei die Stimmung der Postboten zum Ausdruck, deren Verhältnisse eher verschlechtert als verbessert worden sind. Die Titelwirtschaft aus der wilhelminischen Aera hat man noch weiter ausgebaut, damit aber keine Beruhigung unter den Beamten geschaffen.

Aus den Reihen der Postboten ging folgende Entschließung ein, die einstimmig zur Annahme gelangte: Die im Verband des Post- und Telegraphenpersonals organisierten Postboten sehen in der neuen Besoldungsreform keineswegs eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Notlage. In vielen Fällen ist eher eine Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand eingetreten. Sie lehnen deshalb eine solche Vertretung ihrer Interessen durch den Beamtenbund in seiner bisherigen Zusammensetzung ab, und beauftragen den Verbandsvorstand mit der weiteren Interessenvertretung. Die Postboten und Unterbeamten im Bezirk und im Reiche rufen wir auf, sich endlich auf freigewerkschaftlicher Grundlage zu organisieren und im Verein mit der modernen Arbeiterbewegung die Gesundung unserer Wirtschaft und damit unserer eigenen Existenz durchzuführen.

Unter Verbandsangelegenheiten wird bekannt gegeben, daß die Kollegen des Telegraphenzugamtes und die Telegraphenarbeiter und Handwerker den Uebertritt zu unserem Verbande vollzogen haben. Aus dem Bezirk gehen dauernd Anmeldungen ein und Anfragen, die auf den Tarif dieser Gruppe Bezug haben. Ueber die Auszahlung bezw. Nachzahlung ab 1. Januar soll die Verbandsleitung mit den zuständigen Stellen sofort beraten.

Die neuen Lohnsätze für die nichtbeamteten Angestellten im unteren und mittleren Beamtendienst sind inzwischen mit dem Ministerium festgelegt und gelten ab 1. Mai.

Auskunft über alle Fragen, die das Postpersonal betreffen, erteilt das Büro in Halle, Hartz 42/44, Zimmer 21.

Mit dem Gelöbnis, alles für und alles durch den freien Zusammenschluß unter dem gesamten Postpersonal zu erreichen, wurde die äußerst anregende Versammlung geschlossen.

Beamte und Beamtinnen

Morgen, Freitag, abend 8 Uhr, findet im „Neumarkt-Schützenhaus" eine große öffentliche

Beamtenversammlung

statt. Das Mitglied des Beamten-Reichsbeirates, Oberpostassistent Genosse Gronefeld-Berlin und der Eisenbahnoberassistent Genosse Kunzemann-Halle werden über die

Bedeutung der Reichstagswahlen für die Beamten

sprechen.

In Anbetracht des wichtigen Themas und der kommenden Wahlkämpfe müssen alle Beamten und Beamtinnen, sowie deren wahlberechtigten Angehörigen erscheinen.

Aenderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Mai 1920 wird die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge erneut abgeändert. Entsprechend den gerade in den letzten Monaten stark gestiegenen Preisen mußten die Höchstsätze fast durchweg erhöht werden. Auch wird von nun an bei männlichen Erwerbslosen über 21 Jahre ein Unterschied gemacht werden, ob sie im eigenen Haushalt leben oder nicht; dieser Unterschied bestand bisher schon bei weiblichen Unterstützten. Es beträgt künftig der Höchstsatz in der Ortsklasse A, zu der die meisten großen Städte gehören, für Männer mit eigenem Haushalt täglich 8 Mk., für Männer im fremden Haushalt täglich 7 Mk., während bisher in beiden Fällen nur 6 Mk. gezahlt werden durften; männliche Erwerbslose unter 21 Jahren erhalten 5 Mk. (bisher 4,25 Mk.). Für weibliche Erwerbslose mit eigenem Haushalt ist der Höchstsatz in Ortsklasse A von 5 auf 6 Mk. hinaufgesetzt worden, entsprechend wurde mit den Sätzen für die anderen Ortsklassen verfahren. Auch die Familienzuschläge, die im Januar erhöht wurden, mußten bereits erneut heraufgesetzt werden. In denjenigen Fällen, in denen die neuen Höchstsätze in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, kann die Unterstützung durch Anordnung der Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bis zu dem vom Oberversicherungsamt festgesetzten Ortslohne erhöht werden; dagegen ist die Bestimmung, daß der Ortslohn unter allen Umständen die Mindestgrenze der Unterstützung bildet, gefallen. Die neuen Sätze treten rückwirkend mit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Während die Erhöhung der Sätze eine nicht unerhebliche finanzielle Mehrbelastung von Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet, ermöglicht die zunehmende Besserung des Arbeitsmarktes einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zum Abbau der nur für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung bestimmten Fürsorge dadurch zu tun, daß vom 1. August d. J. ab die Fürsorge grundsätzlich nur für die Dauer von insgesamt 26 Wochen gewährt wird. Ausnahmen bedürfen in besonderen Fällen der Zustimmung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Stelle zur Vermeidung unbilliger Härten. Für Angehörige von Berufen, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt aufweisen, kann die Höchstdauer der Unterstützung sogar bis auf 13 Wochen beschränkt werden. Auf diese Weise hofft man, die Erwerbslosenfürsorge von den chronischen Erwerbslosen, die als Arbeitskräfte für das Wirtschaftsleben nicht mehr in Betracht kommen, zu entlasten. Die sogenannte Kurzarbeiterunterstützung bleibt von dieser zeitlichen Beschränkung einstweilen unberührt. Durch die Beschränkung der Fürsorge auf eine bestimmte Frist wird auch der Uebergang zur künftigen Arbeitslosenversicherung, deren Leistungen ebenfalls befristet sein werden, angebahnt. Erwähnt sei in diesem Zusammenhange noch, daß nach den letzten Berichten der Demobilmachungskommissare die Zahl der unterstützten Erwerbslosen eine weitere Abnahme auf etwa 312 000 erfahren hat.

Protest gegen die Aufführung des „Darwin"-Films.

Der Deutsche Monisten-Bund, Ortsgruppe Halle, erhebt schärfsten Protest gegen den im hiesigen Astoria-Lichtspielhause gezeigten Film „Darwin". Abstammung des Menschen vom Affen, der in allen Teilen die Naturwissenschaften herabwürdigend versucht unter Mißbrauch der Namen Darwin und Haeckel.

Gegen solch ein Machwerk, das eigens zur Verdummung des Volkes hergestellt zu sein scheint und bei dessen schwarzer Aufmachung die Mitwirkung klerikaler Gelder nicht ausgeschlossen erscheint, muß der D. M. B., der aufklärend wirken will, strengste Verwahrung einlegen.

gez. Ubo Müller,
I. Vorsitzender der Ortsgruppe Halle des Deutschen Monistenbundes.

*** Briefverkehr mit dem Auslande.** Die niederländische Postverwaltung hat zur Sprache gebracht, daß ihr häufiger Briefsendungen aus Deutschland zugehen, die entgegen den Vorschriften des Weltpostvertrags zollpflichtige Waren enthalten. Das Publikum wird darauf hingewiesen, daß derartige Briefsendungen nicht an die Empfänger ausgehändigt, sondern von der niederländischen Postverwaltung nach dem Aufgabeort zurückgesandt werden. — Im Verkehr mit der Tschechoslowakischen Republik gelten für Briefsendungen jeder Art mit alleiniger Ausnahme der offenen Blindenschriftsendungen die Gebührensätze des Weltpostvereins. Die Freigebühr für Briefe bis 20 Gramm beträgt also jetzt 80 Pfg. und für jede weiteren 20 Gramm 60 Pfg. Postkarten unterliegen einer Gebühr von 40 Pfg. Die genaue Beachtung dieser Sätze ist erwartet, damit nicht die Empfänger der Sendungen hohes Nachschußporto zu zahlen haben. Für die offenen Blindenschriftsendungen nach der Tschechoslowakischen Republik werden dieselben Sätze wie im innerdeutschen Verkehr erhoben.

Beamten-Hochschulkurse. Die Vorlesung von Herrn Geh.-Rat Prof. Dr. Waentig: „Entwicklungsgeschichte der nationalökonomischen Theorien" kann wegen besonderer Umstände erst am Donnerstag, den 10. Juni, beginnen und findet von da ab jeden Donnerstag von 8 bis 10 Uhr abends statt, sodaß sie am Donnerstag, den 8. Juli, beendet ist. Hörerkarten zu dieser Vorlesung sind noch beim Kastellan des Hauptgebäudes der Universität zu haben.

Die Verkaufsstelle der städt. Straßenbahn in der Seebener Straße 62 geht mit dem 31. Mai 1920 ein. Den Verkauf von Monatsmarken übernimmt die in der Nähe gelegene Sparkasse Nord, Gr. Brunnenstraße 3a und die Nebenstelle der Mitteldeutschen Privatbank, Reilstr. 133. Schülermonatskarten sind beim Hausmann der städt. Oberrealschule, Staudestraße, zu haben. Die Neuausstellung von Monatskarten findet nur in der Verkaufsstelle, Depot 1, Berliner Straße 1, statt.

*** Fundbüro.** In der Zeit vom 1. bis 15. Mai 1920 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden: 1 Nickelbrille, 1 silberner Armreifen, 1 Damenperlenhang, 1 Paket mit Schokolade, 1 silb. Kollier, 1 Ziegenlamm, 1 Handwagen, 1 Geldtäschchen mit Inhalt, mehrere Schlüssel. Die unbekannten Eigentümer der Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbüro, Dreihauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

*** Die Ringkämpfe in den Thalia-Sälen** fanden gestern wieder vor ausverkauftem Hause statt. Als erstes Paar standen sich Buchheim — Hirsch im Ringkampf indischen Stils gegenüber, wobei es Buchheim gelang, seinen Gegner in 10 Minuten zu besiegen. — Als zweites Paar lieferten sich Görner und Böhm Ringkampf, bei welchem Böhm, trotz seiner oft gefährlichen Lage es verstand, sich immer wieder zu befreien. — Der Entscheidungskampf Zeremba — Schwarzbauer erlitt bedauerlicher Weise einen recht unliebsamen Zwischenfall durch allerlei Zurufe des Publikums, wie Schiebung u. a. m., wodurch sich der Schiedsrichter veranlaßt sah, einige Herren im Zuhörerraum zurechtzuweisen. Erst nach einigen beruhigenden Worten des Herrn Schwarzbauer konnte der Kampf seinen Fortgang nehmen. Schließlich wurde Schwarzbauer nach 1 Std. 50 Min. auf beide Schultern gelegt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß Herr Böhm sich Herrn Buchheim im Ringkampf indischen Stils stellen will. — Alles Nähere siehe Inserat.

Einbruch. In letzter Nacht wurde in ein Geschäftslokal in der Schmeerstraße eingebrochen. Hierbei wurden Leinen und Tuchwaren im Werte von etwa 34 000 Mark gestohlen. Die Diebe wurden von 2 Polizeibeamten in der Dreihauptstraße ergriffen und festgenommen.

Provinz und Umgegend.

An unsere Berichterstatter!

Wegen des ungeheuren Stoffandranges sind wir nicht in der Lage, die eingesandten Berichte in der bisher üblichen Ausführlichkeit abzudrucken. Wir bitten dies zu berücksichtigen. Trotzdem muß aber weiter über jede Versammlung berichtet werden, so daß wir ein umfassendes Bild über die Wahlbewegung im Bezirk geben können.

Die Redaktion der Volksstimme.

Reichstagswahlkampf im Mansfeldischen 3. Unterbezirk.

Der Kampf um unsere politischen Bestrebungen und damit der Kampf für die kommenden Reichstagswahlen hat auch im Mansfeldischen und besonders seitens unserer Partei mit einem in Anbetracht der vorhandenen Kräfte hoch anzurechnenden Idealismus und Elan eingesetzt. Ein mühsam unter den schwersten Anfechtungen entstandener Organisationsapparat bewährt sich den Verhältnissen entsprechend gut und so sehen wir den kommenden Dingen mit einer ganz anderen Zuversicht entgegen als z. B. bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung, wo mit einem geradezu sicherlichen Aufgebot von Kräften einer rücksichtslosen übermächtigen Gegnerschaft standgehalten werden mußte! Es ist erklärlich, daß sich die Hauptthätigkeit im Wahlkampf auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0005

die letzten 14 Tage zusammendrängen wird und muß, und an den Genossen draußen im Mansfelder Bezirk wird es wesentlich mit liegen, wenn diese ihre Hand inlosen mit anlegen, als sie uns die Tage der festgelegten Versammlungen so schnell wie möglich, eventuell telephonisch nach dem Wahlbüro mitteilen, damit die notwendigen Anordnungen getroffen werden können und keine Versammlung ohne Referent bleibt. Bisher nur einmal in Großörner vorgekommen, wobei eine Verletzung unglücklicher Zufälle die Schuld trug. Aber die dortigen recht rührigen Genossen werden heute auch dafür das notwendige Verstehen aufbringen. In Leimbach referierte, als Ersatz einspringend, der dortige Genosse Drese. Unsere öffentliche Versammlungstätigkeit setzte ein am 28. April, an welchem Tage Genosse Studt ein erfolgreiches Referat in Ahlsdorf hielt. Dann folgten die Waentig-Versammlungen, die von durchschlagendem Erfolg begleitet waren und am 28. April in Eisleben vor überfülltem Hause, am 8. Mai in Helbra in sehr gut besuchter Versammlung und ebenso am 9. Mai in Gerbstedt stattfanden. Einen ebenso durchschlagenden Erfolg hatte die am 14. Mai in Eisleben stattgefundene Krüger-Versammlung, die in ihrer Wirkung ebenfalls nachhaltig ist. Daneben liefen öffentliche Versammlungen in den Landorten, so am 12. Mai in Benndorf, allwo in Verteilung des politischen Ernstes der Situation, die Unabhängigen störend auftraten, ebenso in Siedten am 16. Mai, in welcher Versammlung die Unabhängigen ebenfalls bewiesen, daß die politische Reife noch lange nicht überall zu verzeichnen ist. Als ob die Aufklärung von ihrer Seite nur als Evangelium aufzufassen sei. Eine Intoleranz, wie sie nur in den schwärzesten Zentrumsgegenden anzutreffen ist, und auch dort noch nicht mal in solcher Aufmachung. Ihre Angst um den Bestand der sorgsam gehüteten „Macht"? Am 15. Mai sollte Genosse Krüger in Oberröblingen sprechen er war aber durch die Vorgänge in Sangerhausen und damit durch in Eisleben verbundener Anwesenheit verhindert. Als Ersatz sprang Gen. Studt ein. Die Versammlung verlief gut. Ein Zeichen für das Verstehen der Zeit und es soll auch damit eine Anerkennung für die Oberröblinger Versammlungsbesucher ausgesprochen sein. In Raunsdorf am 8. Mai und in Gerbstedt am 13. Mai, referierte ebenfalls Genosse Studt, während am 16. Mai in Siersleben Gen. Amtsgerichtsrat Marquard-Eisleben referierte. Die Versammlung litt im Besuch durch eine gleichzeitig abgehaltene Einwohnerversammlung, verlief aber trotzdem gut.

So sind die Anläße im Wahlkampf im Mansfelder Gebiet als gute zu bezeichnen und die noch ausstehende Zeit wird nur intensiv ausgenutzt werden. In allen größeren Orten meldeten sich unabhängige Redner zur Diskussion und es muß anerkannt werden, daß sich diese der Sachlichkeit befleißigten, bis auf die schon erwähnten Vorgänge in Benndorf und Siedten, letzteres auch nur bedingt, da der erste unabhängige Redner, der Parteisekretär König-Eperstedt, sich der Sachlichkeit befleißigte und nur der zweite U. S. P.-Redner aus der Rolle fiel. Diese Art politische Fanatiker vergessen ganz und gar, daß sie mit solchem Auftreten den Sozialismus im allgemeinen schädigen und vor der Oeffentlichkeit eine Rolle spielen, die nicht geeignet ist, der Idee des Sozialismus bahnbrechend vorwärts zu helfen.

Merseburg. Entwichener Raubmörder. Wie der „Mersch. Korrespondent" meldet, ist der Raubmörder Wolff, der wegen schwerer Verwundung in das hiesige Krankenhaus eingeliefert worden war, in vergangener Nacht trotz polizeilicher Ueberwachung entwichen.

Bodwig. Der Herr Bürgermeister von Zahna läßt sich hören! Man schreibt uns: Unser am 1. Januar 1920 abgelöster Gemeindevorsteher, jetziger Bürgermeister von Zahna, ist immer noch um das Wohl unserer Gemeinde sehr „besorgt". In einem „Eingesandt" in Nr. 104 des Liebenwerdaer Kreisblattes erteilt er den Einwohnern den Rat, bei der nächsten Wahl zur Gemeindevertretung nicht wieder „solche unfähigen" Vertreter (einsich. der Bürgerlichen) zu wählen. Wenn der Herr Bürgermeister mit Hilfe der Presse die vergangenen inneren Anzelegenheiten der Gemeinden beleuchten will, so wollen wir ihm gern dienen. Zur Aufklärung sei folgendes gesagt: Die auf demokratischer Grundlage gewählte neue Gemeindevertretung (7 S. P. D., 5 U. S. P. und 6 bgl. Mitglieder) stellte den Antrag, die Gemeindegeschäftsführung durch einen vereidigten Bürgervorsteher revidieren zu lassen, da allerlei Gerüchte schon während des Krieges und auch nachher noch umgingen. Nach langem Sträuben des Gemeindevorstehers wurde dieser Antrag einstimmig angenommen, ausschl. der Steuersachen, da der Gemeindevorsteher entgegenhielt, daß sei Geheimnis und verstoße gegen das Gesetz. In den ersten Tagen des Juni kam der Bücherrevisor Greschens aus Senftenberg. Er mußte unverrichteter Sache wieder abreisen, da noch sehr viele Sachen fehlten (das wird verschwiegen im Kreisblatt). Erst nach 14 Tagen konnte die Revision vorgenommen werden. Richtig ist, daß der Revisor in seinem Bericht sagte, die Kassenbücher sind gut angelegt und einer Entlastung steht nichts im Wege. Er bemerkte aber auch, daß die Revision nur formell erfolgen konnte und auf dem Gebiete der Lebensmittel empfahl er Anlegung von Hauptbüchern, das war der Brennpunkt; keine Uebersicht über Einnahme und Ausgänge der Lebensmittel während des Kriegsjahres und daher auch die Gerüchte. Trotzdem schon im Jahre 1915 angeregt wurde, eine Kontrollkommission mitarbeiten zu lassen und auch von der Zeit an, wo es der Revisor empfahl, ist nichts geschehen. Nach Meinung des Gemeindevorstehers sollte die Lebensmittelkommission dazu da sein um Heringe aus den Tonnen zu zählen und Kartoffeln abzuwiegen. Wirkliche Kontrolle gestand er nicht zu. Nun zur Rechnungsprüfungskommission: Der Bürgermeister erlaubt sich jetzt im Kreisblatt zu schreiben, jetzt arbeiteten im Kassenwesen unerfahrene Leute. Der Bürgerl. Vertreter, Herr Seidel, der Rendant von der Darlehnskasse, die einen Millionenumsatz hat, beantragte des öfteren eine Revision vorzunehmen. Der Gemeindevorsteher ließ auch das nicht zu und behauptete, das steht im Widerspruch mit der Landgemeindeordnung. Weiter macht sich der Herr Bürgermeister Kopfschmerzen über die von der Gemeindevertretung gekauften Bohnen und Erbsen. Wir glauben, er mühte noch Kopfschmerzen haben von den Döllinger Kartoffeln und der Speklieferung während des Kriegsjahren. Weiter schreibt er in Nr. 104: die Uebergabe Mitte April sei genau so fertig gewesen, wie im Juni 1919 bei der Revision (formelle Revision). Unser jetzt gewählter Kassenrendant, der schon in größeren Stadtgemeinden tätig war und etwas versteht, erklärte in der Gemeindevertretersitzung, daß er uns mit Zahlen noch keinen Aufschluß geben könne, da die Kassenverhältnisse in sehr großer Unordnung seien. (Bemerkt sei, daß einzelne Geschäfte mit über 30 000 Mk. im Rückstande waren usw.) auch noch aus der Zeit, wo der Herr Bürgermeister bei uns war.) Wenn nun gesagt wird, wir hätten unsere Zustimmung zwecks Anstellung eines Kassenrendanten im letzten Vierteljahr 1919, also kurz vor Abgang des Bürgermeisters verweigert, so haben wir das mit gutem Gewissen getan, möchten aber fragen, warum unserer früherer Gemeindevorsteher nicht schon früher erstrebene Beamte angestellt hat. Zur Steuersache: Es hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil der Einwohner für 1919 und auch früher, zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt wurden und dementsprechend auch keine Gemeindesteuern zahlte. (Also auch in der Zeit, wo der Herr Bürgermeister bei uns war.) Wir fragen warum? Weiter schreibt der Herr Bürgermeister: Die Aufsichtsbehörde müßte Einsicht nehmen über die Verwirtschaftung öffentlicher Gelder bei das Rechnungsjahr 1919. Es würde dann nur gefunden werden, daß der Herr Bürgermeister, trotzdem er am 1. Oktober 1919 ordnungsgemäß gekündigt wurde, also seine Zeit am 1. Januar 1920 erloschen war, sein Gehalt auf das 1. Vierteljahr 1920 sicher gestellt hatte, weil er noch drei Tage länger im Büro blieb. (Diese Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.) Wir verlangen, daß die Aufsichtsbehörde eine Revision vornimmt, nicht nur für 1919, sondern rückwirkend bis 1914. Nun aber Schluß. Wir verschern nochmals, daß wir diesen Weg nicht beschreiten wollten, aber es war ein starkes Stück der Verleumdung, welches der Bürgermeister von Zahna in Nr. 104 des Liebenwerdaer Kreisblatts vom Stapel ließ, und wir müßen uns dagegen wehren. Sonst stehen wir dem Herrn Bürgermeister von Zahna gern zur Verfügung.

Bitterfeld. Die sozialdemokratischen Beamten gegen die Reaktionäre und Kappisten. In einer am Freitag stattgefundenen Beamtenversammlung der S. P. D. nahm Gen. Steuersekretär Meier einen ausführlichen Bericht über das Verhalten des Herrn Dr. Grober und Kreisschulinspektor Hager in der Zeit vor und während des Kapp-Putsches sowie des Verhalten des Herrn Studienrats Zeising, welcher sich bei seinen Schülern dadurch beliebt machen will, daß er die Herrscher der früheren Regierung bei jeder passenden Gelegenheit feiert. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 14. Mai 1920 tagende Beamten- und Angestelltenversammlung der sozialdemokratischen Partei mißbilligt die antirepublikanischen Machenschaften der Herren Dr. Grober und Kreisschuldirektor Hager und deren Verhalten zur Zeit vor und während des Kapp-Putsches. Die Versammelten treten voll und ganz für den Schutz der Belastungszeugen, insbesondere des Herrn Rektor Jurbolz ein, und erklären sich mit den Maßnahmen des Aktionsausschusses Bitterfeld Köthen einverstanden. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß durch Querteibereien von seiten reaktionärer Elemnete das republikanische Regiem geschädigt wird. Alle reaktionären Elemente sind rücksichtslos zu bekämpfen. Gen. Arnold schloß die Versammlung und regte an, sich an dem Vertrieb der „Volksstimme" rege zu beteiligen sowie der Liste Krüger am 6. Juni neue Anhänger zuzuführen.

Wählerversammlungen der S. P. D.

Merseburg. Beamten-Wählerversammlung. Die von uns am Sonnabend abend in die Funkenburg einberufene öffentliche Beamten-Versammlung konnte als ein voller Erfolg gebucht werden. Gen. Gronefeld, Oberpostassistent in Berlin, sprach über: „Die Reichstagswahlen und die Beamten". Er betonte, daß kein Parlament bisher das geleistet habe, was die Nationalversammlung in 1¼ Jahren an positiver Arbeit für die Republik geschaffen hat. Es steht unzweifelhaft fest, daß ohne Sozialdemokratie keine Republik, keine Beseitigung des verwerflichen Dreiklassenwahlrechtes und der Steuerpolitik im Interesse der kapitalistischen Kreise möglich war. Sodann wies er nach, wie der Obrigkeitsstaat mit seinem autokratischen und kapitalistischen Wirtschaftssystem die Revolution herbeigeführt hat und seit Beginn des Krieges das Wirtschaftssystem im Interesse weniger Unternehmer zerrüttet hat. Tatsächlich ist die Revolution im November 1918 weder eine politische noch wirtschaftliche Revolution, sondern eine Entwicklungsfolge des vom Militarismus sinnlos fortgeführten Weltkrieges gewesen. Das deutsche Volk befreite sich von der Knechtung des Militarismus. Verkehrs-, Wohnungs- und Finanznot, Korruption und Schieberwesen standen schon während des Krieges in höchster Blüte. Er schilderte sodann, wie die Frontsoldaten leiden und bluten mußten, während Profit- und Bereicherungssucht in der Heimat Orgien feierten. Alsdann streifte er die Besoldungsordnung, die durch den Kapp-Putsch nicht entsprechend durchberaten werden konnte und die zum 31. Oktober desjahrs der Härten abgeändert wird. Die politische Freiheit der Beamten und Mitbestimmung über ihre wirtschaftlichen und dienstlichen Verhältnisse sind gesichert. Mit einem mit großem Beifall aufgenommenen dreifachen Hoch schloß er seine Ausführungen. Herr Genk unterstützte die Ausführungen und forderte die Beamtenschaft auf zur Mitarbeit am Sozialismus. Nach einem Schlußwort des Referenten schloß Genosse Fiedler die Versammlung mit der Aufforderung, am 6. Juni die Liste Krüger—Waentig zu wählen

Eisleben. Krüger-Versammlung. Im gutbesuchten Tertrupp-Saal referierte am verflossenen Freitag Reichstagskandidat und Zivilkommissar Genosse Krüger-Merseburg über die kommenden Wahlen. Seine trefflichen Ausführungen, die eine entrüstende Abrechnung mit den rechtsstehenden Parteien brachten und in ehrlichster Weise unsere Politik klar legten, bildeten für die Zuhörer einen hohen Genuß, um so mehr, als Genosse Krüger zu denjenigen Rednern gehört, die durch ihr Auftreten und durch ihre zündenden Redewendungen von vornherein einen gewonnenen Abend für die Partei bedeuten. Die bürgerlichen Parteien bezw. ihre Anhänger wagen in Eisleben an und für sich nicht in sozialistischen Versammlungen in Diskussionen einzugreifen, eine Unterlassung, was entweder auf Mangel an persönlichem Mut oder auf schwachen Glauben an ihre Sache selbst schließen läßt. An jenem Abend aber schien ihnen ganz und gar die Lust nach Reiter Abrechnung, die starken Beifall erntete, vergangen zu sein. Auch das „Eislebener Tageblatt", das sonst in seiner Berichterstattung sehr ausführlich ist, schweigt sich über diese Strophen des politischen Themas gänzlich aus. Die in der Diskussion auftretenden unabhängigen Redner, von denen der eine als Jugendlicher eine kleine Lanze für die U. S. P. brach und der zweite, der Redetteur Saupe in außergewöhnlich sachlichen Ausführungen dem Redner des Abends in seinen grundlegenden Ausführungen skundierte, um dann die Tendenzen seiner Partei herauszustreichen. Trotzalledem mußte er die Ehrlichkeit des Genossen Krüger in seiner politischen Auffassung anerkennen, was er auch wiederholt unterstrich. Kurz, ein frischer Kampf, das heißt, wie er sein soll und wie er geeignet ist, dem Sozialismus neue Freunde zu werben und Achtung vor dem anwesenden Bürgertum zu erringen. Nur ein neutraler Redner verbrach einiges konfuses Zeug und brachte sogar in recht unangebrachter Weise das Sprichwort „Wes Brot ich esse, des Lied sing ich!" in Anwendung. Im Schlußwort fuhr dann Genosse Krüger besonders mit diesem letzten Redner in glänzender Weise ab, ihm und der Versammlung in überzeugendster Weise demonstrierend, was es heißt, als Sozialist für seine Idee kämpfend Opfer zu bringen, von denen solche „politischen Redner" aber auch gar keine Ahnung haben! So bildete auch diese Versammlung einen großen Erfolg für unsere Partei und ihre nachhaltige Wirkung dürfte nicht ausbleiben. An uns liegt es nun, auf Grund solcher Versammlungen und ihrer Erfolge zu werben und zu agitieren, zu kämpfen und zu arbeiten, daß wir den 6. Juni im Mansfeldschen in Ehren bestehen können.

Kl. Wittenberg-Piesteritz. Versammlung. — Unabhängige Redititis. Am Sonnabend sprach im Schützenhause Gen. Prof. Waentig über die kommenden Wahlen und deren Bedeutung für das deutsche Volk. Der ungemein anregende Vortrag gab Mitgliedern der Parteien, welche glaubten, links von uns zu stehen, Gelegenheit, durch zahlreiche Zwischenrufe ihren Begriff von Parlamentarismus zu demonstrieren. Als Viel- und Dauerredner tat sich in der Diskussion, neben einigen Kommunisten, welche ihre wirren Begriffe hervorstammelten, Herr Schaper besonders hervor, der „führende Geist" der hiesigen U. S. P. D., welcher mit ungeheurem Wortschwall nur schwer die Tatsache verdecken konnte, sachlich den Ausführungen des Referenten nichts entgegensetzen zu können. Nachdem dieser schwere Anfall einer anscheinend chronischen Redititis vorüber war, bedeuterte der Referent in seinem Schlußwort die Politik der U. S. P. D. mit all ihren Schlußfolgerungen und in sich bergenden starken Irrtümern. Er wies auf den durch die Mehrheitssozialdemokratie eingeschlagenen Weg, der gesetzmäßigen Entwicklung mit Hilfe der Demokratie hin und empfahl allen Sozialdemokraten am 6. Juni die sozialdemokratische Liste Krüger zu wählen.

Prettin. Am 9. Mai fand hier die erste Wählerversammlung der S. P. D. statt Gen. Dietrich sprach über die kommenden Reichstagswahlen in über zweistündiger Rede. Ein deutschnationaler Zwischenrufer verstummte bald und zog es rechtzeitig vor, das Versammlungslokal zu verlassen. Diskussion fand keine statt. Am 30. d. M. spricht Gen Krüger-Merseburg hier. Wir weisen schon heute die Genossen darauf hin.

Beiersdorf. Am 11. Mai fand hier eine Wählerversammlung statt, die auf besucht war. Gen. Dietrich-Falkenberg referierte über die kommenden Reichstagswahlen.

Mögeling. Hier sprach am Himmelfahrtstage in einer sehr gut besuchten Wählerversammlung der Gen. Dietrich-Falkenberg. Es war die erste sozialistische Versammlung. Auch die Kleinbauern waren stark vertreten und an ihrer Aufmerksamkeit, mit der sie dem Redner folgten, konnte man schließen, daß auch hier am Tage der Wahl für uns eingetreten werden wird.

Grünewalde. Am Sonntag nachmittag fand hier eine gut besuchte Wählerversammlung statt. Genosse Dietrich behandelte ausführlich die Haltung unserer Partei in den letzten sechs Jahren. Ein U. S. P.-Mann mußte einsehen, daß er mit dem Kampf, gegeneinander die Köpfe einzurennen, keinen Beifall fand. Im Schlußwort geißelte Gen. Dietrich den Bruderkampf und fand hierbei die Zustimmung aller Anwesenden.

Dietersdorf. Am Sonntag sprach hier der Genosse Lehrer Troll über die Reichstagswahlen. Er setzte sich ganz besonders mit den reaktionären Rechtsparteien auseinander. Der reiche Beifall der Versammlung bewies, daß Gen. Troll allen Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Aussprache förderte wesentlich die politische Aufklärung.

Corben. Am 16. Mai sprach hier in einer sehr gut besuchten Wählerversammlung Gen. Dietrich aus Falkenberg, der noch von seiner ersten Versammlung in guter Erinnerung stand. Er fand den Beifall aller Anwesenden. Selbst die Unabhängigen, die in der Diskussion sich zum Worte meldeten, erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden. Auch sie hatten begreifen gelernt, daß der Feind rechts steht. Neue Anhänger sind auch hier für die Partei gewonnen worden.

Versammlungs-Kalender

Weißenfels. Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, findet in „Schumanns Garten" eine große öffentliche Wählerversammlung der S. P. D. statt, in der Genosse Pikard-Halle über die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen sprechen wird. Die Parteigenossinnen und Genossen müssen intensivste Wahlarbeit leisten und für Massenbesuch sorgen. Der Vorstand.

Direktor für Kreiswohlfahrtsamt

zum Antritt am 1. Juli gesucht.

Bedingungen: Durchgebildeter Volkswirtschaftler, in Leitung eines Wohlfahrtsamtes bereits erfahren, gründliche Kenntnis der kommunalen Wohlfahrtspflege. Gehalt nach den Sätzen der Staatsbeamten. Anrechnung bisheriger Beamtentätigkeit auf das Dienstalter. Bewerbungen mit Lebenslauf und Lichtbild bis spätestens 15. Juni einreichen.

Halle a. d. S., den 19. Mai 1929.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
Ad. Thiele, Vorsitzender.

Kreiskommunalarzt

zum Antritt am 1. Juli gesucht. Bedingung: Vollständiges Vertrautsein mit den Aufgaben eines Kreiswohlfahrtsamtes. Gehalt nach den staatlichen Besoldungssätzen. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild bis spätestens 15. Juni einreichen.

Halle a. S., den 19. Mai 1920.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
Ad. Thiele, Vorsitzender.

Weißenfels

Bekanntmachung.

Am Dienstag den 25. d. Mts. wird das städtische Freibad unterhalb der Beuer'schen Schwimmanstalt eröffnet. Die Benutzung des Bades geschieht für jede Person unentgeltlich.

Für männliche erwachsene Personen und Knaben ist dasselbe geöffnet:

Dienstag, Mittwoch, Sonntag von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr, Sonnabends von 3—8 Uhr,

desgl. für weibliche Personen und Mädchen:

Montag und Donnerstag von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr, Sonnabends von 3—8 Uhr.

Weißenfels, den 19. Mai 1920.

Der Magistrat

Fleischabgabe.

In der Woche vom 17.–23. Mai 1920 kommen zur Verteilung

175 Gramm la Rindfleisch oder 140 Gramm Gehaktes

zum Preise von Mark 4.—

oder

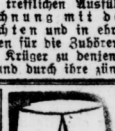
175 Gramm Wurst zum Preise Mark 1.50.

Auf Kinderkarte die Hälfte.

Es haben nur Fleischkarten für die Woche vom 17.–23 Mai 1920 Gültigkeit.

Weißenfels, den 19. Mai 1920.

Der Magistrat.



Ia. Dauerwäsche Marke „Schatz"

ist die beste!

Dieser Kragen i. Papier Dtzd. 4 Mk. Fabrikat Mey & Edlich, 5 cm, Dutzend 3,50 Mk.

Krag. Nr. 10, 5u. 6 cm

Hallesche Dauerwäsche-Ind.

D. C. Schatz, nur obere 56 Steinstrasse. 56

Auf Firma genau achten.

Stellen finden.

In Saisonstellungen nach Bädern und Kurorten werden gesucht:

erste Köchinnen, zweite Köchinnen, Mamsells, Zimmer-, Haus-, Küchen- und Dienstmädchen

Städtisches Arbeitsamt, Abteilung für das Gastwirtsgewerbe, Großer Berlin 14.

Zu verkaufen

Herren- u. Damen-Fahrrad

mit neuem Gummi (Friedensqualität) billig zu verkaufen.
H. Bieder, Gr. Steinstr. 35.

Gebr. Aufwaschtisch, Handbrehrolle, Waschgefäße, Bettstellen mit Matratz., Kleiderschr., Steg- u. Ausziehtische, Rohrstühle verkauft

Friedrich Peilcke
Geißstraße 25.

Moderne Mahagoni-Saloneinrichtung für 3500 Mk.
Schlafzimmereinrichtung
Kücheneinrichtung
verkauft
Friedrich Peilcke,
Geiststrasse 25.

Kastenregal,
Fachregal, Obstregal verkauft Geiststraße 25.

Kaufgesuche

Alte und neue — Boschzündkerzen — kauft, auch kleine Posten, Bambach, Berlin, Oppelnerstraße 45, I.

Alt-Metalle
kauft z. höh. Preis.
Gebr. Plato,
Gr. Brauhausstr. 29.

Vermischtes

werden Sie durch Davidos

Referenten-Führer

Aus dem Inhalt

Die notwendigen Voraussetzungen politischen Wirkens. — Die allgemeine Bildung. — Die politische Fachbildung. — Wie sammle und ordne ich das Tagesmaterial? — Wie arbeitet man eine Rede aus? — Die Technik der Sprechens. Winke für das Auftreten.

Das Buch soll dem heranwachsenden Politiker die Bahn öffnen. Auch mancher alter Praktiker findet in dem Buche wertvolle Anregungen.

Davidos

Referenten-Führer liefert die Buchhandlung und sämtliche Austräger der

Volksstimme

zum Preisvon 3.— Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0006

Wahlbeiblatt der Volksstimme

Nr. 117. | Halle, Donnerstag, den 20. Mai 1920. | 4. Jahrgang.

Dieses Blatt ist den unserer Parteiorganisation und Presse noch Fernstehenden gewidmet. Sie zu Mitgliedern und Lesern dafür sowie als Wähler der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen, muß Aufgabe unserer Genossinnen, Genossen und Freunde sein. Wir bitten deshalb dringend, das Wahlbeiblatt nach dem Lesen an Flur- und Hausnachbarn, im Betrieb, Kontor und Werkstatt weiterzugeben und für Übermittelung der Beitrittserklärungen und Bestellzettel an unsere zuständigen Adressen zu sorgen.

Wahlen und Generalstreik.

In Arbeiterkreisen kann man jetzt ab und zu die Meinung vertreten hören, die Reichstagswahlen seien ja eigentlich gar nicht so wichtig, weil doch am Ende der Generalstreik die letzte und schärfste Waffe der Arbeiter sei. Fielen die Beschlüsse des Parlaments nicht so aus, wie man sie haben wolle, könne man sie ja durch den Generalstreik wieder beseitigen. Ueberhaupt sei es ja ganz ungewiß, wie lange dieser Reichstag beisammen bleiben würde, schließlich komme doch alles ganz anders usw.

Es ist schwer festzustellen, ob solche törichte Redereien im Einzelfalle von einem ehrlich überzeugten Wirrkopf stammen oder von einem Kerl, der im Tagelohn der reaktionären Wahlpropaganda arbeitet. Die reaktionäre Wahlpropaganda entwickelt einen fieberhaften Eifer, verpulvert ungeheure Summen und scheut vor keinem Mittel zurück. Die „Deutsche Zeitung" hat dieser Tage einen wahren Lobeshymnus auf jene kommunistische Schriften angestimmt, aus denen der biedere Arbeitsmann ersehen kann, was für ein Unfug die „formale Demokratie" und wie nichtig die ganze Wählerei ist. Natürlich! Die reaktionäre Propaganda muß das Ziel verfolgen, in den Massen, die für sie nicht erreichbar sind, zum mindesten das Gefühl der Gleichgültigkeit und Müdigkeit gegenüber der Wahl hervorzurufen. Jeder Arbeiter, der sonst sozialdemokratisch wählen würde, sich aber durch das törichte antiparlamentarische Geschwätz einfangen läßt, ist ein Gewinn für die Reaktion.

Es ist ganz ähnlich wie im Schützengraben. Die feindliche Heeresleitung läßt über die Schützengräben der anderen Flugblätter ausstreuen: „Kämpft nicht, es hat doch keinen Zweck!" Inzwischen läßt sie ihre eigenen Leute desto fester darauf losschießen.

Der Generalstreik ist eine mächtige Waffe der Arbeiterschaft. Was er leisten kann, hat er beim Kapp-Putsch gezeigt. Wer weiß, wann das deutsche Volk und unter welchen Umständen es gewählt haben würde, hätte nicht der Generalstreik in wenigen Tagen das Haupt des monarchistischen Umsturzes zerschmettert. Das er so prompt wirkte, liegt allerdings an besonders günstigen Umständen. Der Sieg wäre nicht so leicht geworden, wenn nicht fast die ganze höhere Beamtenschaft und die meisten Offiziere des Reichswehrministeriums gegen Kapp mitgeneralstreikt hätten. In der Isolierung kämpft es sich viel schwerer. Darüber soll man sich auch keinen Täuschungen hingeben, wenn man nicht später einmal bittere Enttäuschungen erleben will.

Der Generalstreik ist aber kein Mittel, Gesetzgebung und Verwaltung dauernd zu beeinflussen. Denn der Strom der Staatsmacht fließt ununterbrochen, der Generalstreik kann nur stoßweise auftreten und in kürzeren Zeiträumen nicht mit Erfolg wiederholt werden. Durch den Generalstreik kann man unter günstigen Umständen eine Aenderung der Verfassung herbeiführen oder eine unerwünschte Aenderung vereiteln. Das erste ist ungemein schwer und auch nicht empfehlenswert in einem Lande, in dem das Volk selbst über seine Verfassung zu beschließen hat. Die Verfassung der deutschen Republik kann von der gewählten Volksvertretung oder vom Volke selbst in direkter Abstimmung geändert werden. Wenn eine Mehrarbeit für eine solche Aenderung vorhanden ist, bedarf es keines Generalstreiks; ist sie aber nicht vorhanden, so stößt der Generalstreik von vornherein auf einen Mangel an Sympathie in der Bevölkerung und ist daher zum Scheitern verurteilt.

Aehnliches gilt für die Verteidigung der Verfassung gegen eine unerwünschte Aenderung. Erfolgt diese Verfassungsänderung auf verfassungsmäßigen Wege, dann hat der Generalstreik von vornherein die Mehrheit des Volkes gegen sich. Ganz anders steht es dagegen bei dem Verfassungsbruch einer Minderheit, wie beim Kapp-Putsch, hier wirkte der Generalstreik durch eine gewaltige Volksmehrheit und in ihrem Sinne für die Wiederherstellung der freiheitlichen Verfassung und darum hatte er den durchschlagenden Erfolg.

Aus diesen kurzen Betrachtungen ergibt sich, welcher Unsinn ist zu behaupten, das Wählen könnte irgendwie durch einen Generalstreik ersetzt werden. Der gewählte Reichstag wird menschlichem Ermessen nach vier Jahre lang darüber zu beschließen haben, wer an der Spitze der Regierung zu stehen hat, und er wird die Gesetze erlassen. Weil er vom ganzen Volke in freier Wahl gewählt sein wird, wird er über eine ganz gewaltige moralische Autorität verfügen, und er wird eine Macht besitzen, wie sie kein Reichstag des vergangenen Kaiserreiches besessen hat.

Lassalle sagte, die Kunst der Politik bestehe darin, alle Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren. Der Punkt, auf den jetzt alle Kraft konzentriert werden muß, ist die Wahl des neuen Reichstags. Schädlich, weil ablenkend und abschwächend, wirken alle Theorien, die die Bedeutung des demokratischen Parlamentarismus herabsetzen und den Arbeitern einzureden versuchen, daß ihre eigentliche Kraft ganz wo anders liege, das Wählen also eine verhältnismäßig gleichgültige Sache sei. Nutzen an diesen Theorien hat nur die Reaktion, die bestrebt ist, bei ihren Gegnern die Wahlmüdigkeit in dem gleichen Maße zu erzeugen, wie sie bei ihren Anhängern den Wahleifer stärkt. Vernünftige Arbeiter werden das durchsichtige Manöver sehr rasch durchschauen und nun erst recht alle Kraft aufbieten, um am 6. Juni den hinterlistigen Feind zu schlagen und den Sieg an die sozialdemokratischen Fahnen heften.

Das Bild als Verleumder.

Unter diesem Titel hat während des Krieges der „Kunstwart"-Herausgeber Avenarius eine Schrift erscheinen lassen, in der er zeigt, wie durch verleumderische bildliche Darstellungen Deutschland und die Deutschen verächtlich gemacht wurden. Avenarius hat besonders einen Trick gekennzeichnet, der darin besteht, daß ein geschickter Zeichner der an sich porträtähnlichen Darstellung einer bekannten Person (Wilhelms, Hindenburgs usw.) durch ganz winzige Veränderungen einen abstoßenden und gemeinen Gesichtsausdruck verleiht. Bei einiger Fertigkeit ist es möglich, auf diese Weise jedem Gesicht den Ausdruck der Grausamkeit, des Zynismus usw. zu geben. Avenarius schreibt am Schluß seines Buches, daß er ähnliche raffinierte Methoden der Bildfälschung auf deutscher Seite nicht habe finden können.

Avenarius wird dieses Urteil berichtigen müssen. Denn die Deutschnationalen arbeiten im Wahlkampf wacker mit den von ihm gegeißelten Mitteln. Ein sicherer Dietrich Eckardt in München läßt unter dem Titel „Auf gut Deutsch" Hefte erscheinen, die ganz der antisemitischen Hetze durch das Mittel der bildlichen Verleumdung gewidmet sind. Es werden dort die Porträtköpfe von Juden gebracht, die angeblich Deutschland regieren sollen. Der Gesichtsausdruck der Dargestellten ist nach der oben gekennzeichneten Fälschermethode in das Widerliche und Lächerliche verzerrt. Dabei ist übrigens zu bemerken, daß dieses Heft selber die Behauptung widerlegt, daß Deutschland von Juden regiert werde, denn um nur 48 Porträts zusammenzubringen, muß der Verfasser fast ausschließlich zu Leuten greifen, die teils in der legalen Regierung nie gewesen sind, teils ganz untergeordnete Stellungen bekleidet haben.

Es ist charakteristisch, daß die Deutschnationalen für den Wahlkampf im eigenen Lande sich der gleichen Methoden bedienen, von denen sie noch vor kurzem schrieben, daß nur die gemeine Gesinnung unserer Feinde ihrer fähig gewesen wäre. Bei ihnen selber ist's natürlich ganz was anderes!

Spotten ihrer selbst.

Einigkeit und Schädeleinschlagen.

In einem Bericht über eine kommunistische Versammlung schreibt die „Rote Fahne" das Folgende:

Vertreter der U. S. P. meldeten sich nicht zum Wort, dafür sprachen ein Dutzend K.-A.-P.-Leute, die, da sich niemand mit ihnen in einer Versammlung beschäftigte, sich selbst untereinander aufs schärfste angriffen. Der eine verleugnete Wolfheim und Laufenberg, der nächste bekannte sich für diese, ein dritter wollte die Aktion auch über die Köpfe der K.-A.-P.-Führer durch die Betriebsorganisation führen, ein anderer K.-A.-P.-Mann sprach diesem das Recht ab, im Namen der K. A. P. zu reden, worauf andere K.-A.-P.-Leute lärmten. Da stellte ein K.-A.-P.-Mann den Antrag auf Hinauswurf der K.-A.-P.-Schreier. Kurzum, es war lustig, dieser Katzbalgerei zuzusehen. Alle K.-A.-P.-Leute sprachen für die Einigung des Proletariats und hatten sich darauf gegenseitig bald den Schädel eingeschlagen.

Die „Rote Fahne" vergißt hinzuzusetzen, daß die K.-A.-P.-Leute nur fortsetzen, was die K. P. D. und die U.-S.-P.-Leute balgen sich untereinander zur Freude der Kommunisten. Die Kommunisten und Unabhängigen balgen sich untereinander zur Freude der Sozialdemokraten. Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten und kommunistische Arbeiterparteiler balgen sich wiederum untereinander zum Vergnügen der bürgerlichen Gegner. Die ganze Geschichte ist, wie man sie betrachten will, entweder zum Totlachen komisch oder auch zum Heulen traurig.

Wer hat den Zusammenbruch verschuldet?

Der Halbgott der Deutschnationalen, Großadmiral v. Tirpitz, schrieb am 26. März 1915 in einem Briefe:

„Es ist ein unerhörtes Versagen unserer Oberschicht mitverschuldet durch die Spitze. Ich habe das ja die ganze Zeit jahrzehntelang kommen sehen. Wie oft hatte ich dir gesagt: Wie die Katastrophe einmal kommen wird, wüßte ich nicht, sie müßte aber kommen."

Schon 1915 wußten diese Leute, daß die Oberschicht unfähig war, und heute wagen es diese Leute, dem Volke Anwürfe zu machen.

Arbeiter! Beamte! Kleingewerbetreibende!

Denkt bei der Wahl daran

und wählt die sozialdemokratische Liste

Krüger — Waentig — Wiegand

Deutschnationale gegen Frauenwahlrecht.

Die Deutschnationalen behaupten, für das Frauenwahlrecht einzutreten, — nämlich weil die Frauen das Wahlrecht schon haben und die Reaktionäre die Stimmen der jetzigen weiblichen Wähler nicht entbehren können. Die wahre Gesinnung der Deutschnationalen, ihre abgründige Heuchelei, tritt aber sofort zutage, wenn man nachliest, wie ihre führenden Blätter und Männer noch vor wenigen Jahren gegen das Frauenwahlrecht und die politische Betätigung der Frau überhaupt getobt haben.

Die „Kreuz-Zeitung" schrieb 1906 in Nr. 312:

„Vom Standpunkt der öffentlichen Interessen müssen wir uns entschieden gegen die Zuerteilung des politischen Wahlrechts an die Frauen erklären."

Dasselbe Blatt schrieb 1901 in Nr. 534:

„Die Frauenbewegung hat auf ihre Fahne den von geschichtlichen wie vom rein menschlichen Standpunkte gänzlich verkehrten Satz geschrieben, das weibliche Geschlecht müsse in den meisten, wenn nicht in allen Dingen dieselben Rechte genießen, wie das männliche. Von irgendeiner Unterordnung unter dieses soll keine Rede mehr sein."

Graf Reventlow, der Hauptmitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung", erklärte 1909 die Frauenbewegung für ein Mittel der „nationalen Zersetzung: Er schrieb:

„Die moderne Frau, „das Bewegungsweib", ist himmelweit entfernt natürlich von irgendeinem Verständnis für die Geschichte."

Wir sind begierig zu erfahren, ob Graf Reventlow dieses herbe Urteil auch auf seine Parteigenossinnen Käthe Schirrmacher, Margarete Behm, Anna von Gierke usw. erstreckt.

In der antisemitischen Zeitschrift „Der Hammer" schrieb noch kurz vor dem Kriege (1912 auf S. 134) eine Dame namens Katharina von Rosen:

„Die Frau muß sich wieder dem Manne unterordnen und ein germanisches Weib werden."

Das genügt wohl. Wenn die Deutschnationalen erst einmal die Macht hätten, würde es ihr erstes sein, den Frauen das Wahlrecht wieder zu nehmen. Den sich Beschwerenden würden sie höhnisch erwidern: Was wart Ihr so dumm, uns zu wählen!

Die Hanseaten zum Wahlkampf.

Das Großkapital rüstet sich zum Endkampf. Es spannt die letzten Kräfte an. Stinnes versucht die deutsche Presse mit seinen Milliarden zu kaufen. Nun tritt auch der von dem Industrie- und Handelskapital gegründete Hansabund auf den Plan. Er versucht so viel Vertreter des Großkapitals, wie es ihm nur möglich ist, in den neuen Reichstag hineinzubringen und hat sich zu diesem Zweck schon eine ganze Reihe Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, deren Haltung ja nie ganz entschieden ist, gesichert. Um recht mächtig aus dem Wahlkampf hervorgehen zu können, suchen die Großkapitalisten immer neue Summen in ihren Wahlfonds fließen zu lassen. So verschickt der Hansabund jetzt einen Aufruf an seine Mitglieder, für den Wahlkampf einen einmaligen Beitrag von mindestens 300 Mark zu entrichten.

Achtung, Arbeiter! Seht Euch vor! Laßt Euch von dem deutschen Großkapital nicht an die Wand drücken! Zeigt, daß kräftiger als der Geldsack der ernste Wille und die arbeitende Hand des Proletariers ist!

„Die Parteikrippe".

Entlarvte Heuchelei.

Die Reaktionäre und auch zuweilen die Gegner von links krebsen mit der Behauptung, daß die Besetzung wichtiger Regierungsämter mit sozialistisch und demokratisch gesinnten Männern nur eine „nahrhafte Parteikrippe" sei, um Parteianhänger der Regierungsparteien in gutbezahlte Stellungen zu bringen.

Welche Heuchelei dem zugrunde liegt, zeigt der Notschrei eines Beamten in der reaktionären „Täglichen Rundschau". Dieser Beamte klagt, daß er mit seinem jetzigen Gehalt von 13 000 Mk. absolut nicht leben könne und meint:

Sollte ich meine und meiner Familie Bedürfnisse auch nur in der bescheidenen Weise, wie ich es vor dem Kriege tat, befriedigen wollen, so müßte ich dazu ein Gehalt von 66 000 Mk. haben.

Der Mann hat gar nicht unrecht, nur ist leider der Staat absolut außerstande, einem mittleren Beamten, der vor dem Kriege etwa 5000 Mk. erhielt, jetzt 66 000 Mark zu zahlen. Aber wir fragen: Befinden sich nicht in genau der gleichen traurigen Notlage die sozialistischen und republikanischen Beamten, die angeblich von der Regierung in eine „namhafte Futterkrippe" gesetzt sein sollen. Ein großer Teil von ihnen bezieht auch nicht mehr als der Beamte, dessen traurige Notlage der „Täglichen Rundschau" Tränen entlockt. Ein sozialistischer oder demokratischer Landrat z. B. steht sich nicht um ein Haar besser. Die „Tägliche Rundschau" kennzeichnet selber ihr Schlagwort hier als eitele Heuchelei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0007

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Männer und Frauen!

wählt am 6. Juni die Liste

Krüger — Waentig — Wiegand.

Frauen und Mädchen,

seid eingedenk dessen, was von dem Ausfall der kommenden Wahlen abhängt. **Werdet nicht** lau durch die noch immer anhaltende Lebensnot, die wir einzig und allein dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, hervorgerufen durch die bis auf die Spitze getriebene Wahnsinnspolitik unseres früheren Regierungssystems, zu verdanken haben. Ihr dürft nicht kurzsichtig sein! Es können nicht über Nacht die Blumen aus der Erde sprießen, kein Mensch kann aus dem Zusammenbruch heraus die wirtschaftliche Not in wenigen Monaten beseitigen. Darum laßt Euch nicht hinreißen zu dem Ausspruch, wie man es leider in letzter Zeit so oft zu hören bekommt: „Mir ist jetzt alles gleich, besser wird's doch nicht, meinetwegen kann wählen wer will, ich wähle nicht!" Und dergleichen mehr. — **Das darf nicht sein!** Erkennt die Schwere der Verantwortung, die gerade auf Euch, Ihr Frauen und Mädchen, als größten Teil der Wahlberechtigten, liegt! **Jede** Stimme zählt! — Ihr müßt dann aber auch wissen und vor Euch selbst **verantworten** können, welcher Partei Ihr Eure Stimme gebt. Es handelt sich darum, einen Grund und Boden zu schaffen, auf dem

die Gerechtigkeit für alle Volksschichten

gedeihen kann, der das Entfalten **aller** Talente, die früher schlummern und verkümmern mußten, verbürgt. Die **Veredelung der Menschheit von der Wurzel aus**, wie die Sozialdemokraten sie schaffen wollen, interessiert vor allem Euch, als Mütter der zukünftigen Generationen. Ihr **müßt** zu dem Aufschwung der Menschheit mit beitragen, Ihr vor allem! Sagt nicht, daß es „nicht weiblich" sei, sich um Politik zu kümmern! Es gibt so vieles, was oberflächlich und nutzlos ist, als „echt weiblich" bezeichnet wird und diese Bezeichnung gar nicht verdient. Aber gerade der schönste Beweis der Weiblichkeit ist es, sich

für die werdende Menschheit mit einzusetzen!

Die Verelendung und Verrohung großer Massen, wie sie der Kapitalismus auf dem Gewissen hat, darf die Zukunft nie und nimmer wieder sehen! Ihr müßt Eure Stimme einer Partei geben, die durch ihr Programm im **weitesten Sinne des Wortes Gemeinschaftssinn verbürgt** und nicht einer solchen, die nur egoistische Interessen gewisser Klassen und Kreise vertritt. Für **Demokratie** und Sozialismus muß die Parole für die Zukunft lauten. Die alte Sozialdemokratische Partei ist die einzig wahre Vertreterin dieser Ziele.

Ihr Frauen und Mädchen, welchen Kreisen Ihr auch angehört, Ihr müßt Euch als Mütter, Frauen und Schwestern mit den Müttern, Frauen und Schwestern der **Gesamtheit eins fühlen** in Euren Bestrebungen, mitzuhelfen am Aufbau unseres zusammengebrochenen Volkes! Je **mehr** sozialdemokratische Stimmen, **desto schneller ein Aufwärtsschreiten! Desto schnellere Beseitigung der Not!** Von Euch hängt, wie schon erwähnt, hauptsächlich die Entscheidung ab! Klärt Eure Mitschwestern auf! Besucht unsere Versammlungen und festigt Euch in Eurer Ueberzeugung! **Durch die Sozialdemokratie ist Euch das Wahlrecht geworden** und stets sind sie für Euch eingetreten. — **seid dessen eingedenk!**

Laßt Euch auch nicht einfangen durch schöne Redensarten, die an Euer Gefühl appellieren, denn gerade die Rechtsparteien (Deutschnationale und Deutsche „Volks"-partei) haben es auf Euch abgesehen, Ihr Frauen und Mädchen. Diese Parteien, ihre Geschichte beweist es, haben stets gegen die politische Gleichberechtigung der Frauen angekämpft. Wohl haben diese ehemaligen Konservativen und Nationalliberalen ihren Parteititel geändert, ihre Gesinnung ist aber die alte geblieben.

Laßt Euch sagen, daß allein die Sozialdemokratie mit aller Energie diese Gleichberechtigung vertritt. Wie die Sozialdemokratische Partei für die politische Freiheit kämpft, so auch für Gewissensfreiheit. Daraus entspringt, daß sie die Religion zur **Privatsache** erklärt; jedermann soll frei nach seiner **Ueberzeugung**, ohne jeden Zwang, handeln können. Die Religion selbst soll nicht ausgerottet werden, sondern das kirchliche Zwangssystem. Der Christusgeist soll vor allem in die Tat umgesetzt, die schönen Worte sollen verwirklicht werden. Versucht das alles zu verstehen! — Vergeßt nie, was schon erreicht ist, Ihr Mädchen in den Büros, Warenhäusern, Fabriken usw. Vergleicht die früheren Zustände der Ausbeutung, Entnervung durch lange Arbeitszeiten und vollständiger Willensunterordnung mit den heutigen. Haltet Euch stets die erworbenen Rechte und Freiheiten vor Augen und haltet Rat mit Euch selbst ab, **wem** Ihr das zu verdanken habt! — Denkt daran, daß es nie wieder zu solch einem menschenmordenden Kriege, mit all seinen entsetzlichen Folgen — nur im Interesse des Kapitals —, nicht wieder kommen darf! Eure Männer, Söhne und Brüder dürfen **niemals** wieder für die wahnsinnigen Pläne der Imperialisten und ihres volksfeindlichen Anhangs hingeschlachtet werden!

Seid Euch Eurer Frauenpflicht den künftigen Generationen gegenüber bewußt!

Darum: **Jede Stimme der alten Sozialdemokratischen Partei!**

Wally Weißleder.

Wie Deutschland bluten muß.

1. Interalliierte Ueberwachungsausschüsse: Nach einer neuerlichen Festsetzung des Obersten Rates sind von Deutschland folgende monatliche „Entschädigungen" zu zahlen:

a) **Offiziere**: Generale 21 000 Mk., Obersten und Oberstleutnants 15 000 Mk., Majore 13 500 Mk., Hauptleute und Subalternoffiziere 12 500 Mk. — b) **Untere Rangklassen**: Feldwebelleutnants (Deckoffiziere) und Unteroffiziere 5500 Mk., Gemeine 3500 Mk.

Die Gesamtaufwendungen des Reiches allein für diese Gehaltszahlungen belaufen sich auf monatlich 10 Millionen Mark. Dazu kommen noch die gleichfalls sehr erheblichen Ausgaben für Unterkunft, Bureaueinrichtungen, vertraglich angestelltes deutsches Personal und ähnliches.

Und wem verdanken wir das? Den nationalliberalen und konservativen Kriegstreibern, die Deutschland immer wieder aufs neue in den Krieg hetzten, wenn der Frieden „drohte". Heute buhlen dieselben Leute unter den Namen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei um eure Stimme. Jagt sie zum Teufel!

Beamte, nicht vergessen!

Vor dem Kriege war Deutschland reich und hätte seinen Beamten das zum Leben Notwendige geben können. Es war in den Jahren, wo die damalige Konservative, jetzige Deutschnationale Volkspartei, die Gewalt in Händen hatte. Damals sagte ein Führer dieser Partei, der Herr v. Oldenburg-Januschau, im preußischen Abgeordnetenhause über die hungernden Beamten diese Worte:

„Die Beamten können Koteletts wie die . . trittsdeckel groß erhalten, sie sind doch nicht zufrieden."

Vergeßt das nicht bei der Wahl!

Ohne Januar-Putsch kein Lüttwitz.

„Am 5. Januar 1919 tagten die Obleute, und da wurde ihnen erklärt, daß zehntausende Soldaten mit tausenden Geschützen und Maschinengewehren in Berlin und seiner weiteren Umgebung marschbereit stünden, die ob mit oder ohne die Arbeiterschaft marschieren und handeln würden, und als der Tanz begann, da kam nicht ein Mann.

Doch hiermit leider noch nicht genug. So gewissenlos diese „Information", um den Beschluß (zum Putsch. Red.) herbeizuführen, noch tausendmal gewissenloser war der Kampf organisiert, der völlig ohne Führung war. In Berlin wurde Verschwörerlos gespielt, das man dreist und tolpatschig spielte, spielte mit Menschenleben und mit der Revolution, das zeigte sich schnell . . .

Die Januarbewegung ist die Geburtsstunde der Freiwilligenkorps, der Einwohnerwehren, der Antibolschewistenliga, mit ihren die Städte verschandelnden Plakaten, der wilden Hetze zu Judenpogromen, der Restauration des Heeres und des Herrn-im-Hause-Standpunkts der Schlotbarone, der lähmenden und gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb des Proletariats."

So schreibt der unabhängige Volksbeauftragte Emil Barth auf Seite 132 seiner Schrift „Aus der Werkstatt der Revolution".

Schuld der Revolution?

Wie die Reaktionäre 1918 urteilten!

„Es wäre eine Uebertreibung, zu behaupten, daß all das politische, wirtschaftliche und sittliche Elend, unter dem unser Volk leidet, eine Folge der Revolution sei. Die Ursache hiervon liegt in der seelischen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes als Folge eines 4½ jährigen Krieges, der uns überanstrengt und unsere Widerstandsfähigkeit geschwächt hat."

Posadowsky in der „Post": 9. November 1918.

„Wir dürfen nicht vergessen, daß die heutigen Verhältnisse durch einen langen Krieg hervorgerufen sind und daß keine Regierung imstande ist, die Verhältnisse so zu gestalten, daß sie nach jedermanns Geschmack sind."

„Deutsche Tageszeitung": 9. November 1918.

„Danach hat General Ludendorff am 1. Oktober dieses Jahres unsere militärische Lage für verzweifelt gehalten und sofortiges Waffenstillstandsangebot gefordert. Acht Tage darauf gestand er ein, sich in der Bewertung der Kriegslage geirrt zu haben. Einen folgenschwereren Irrtum hat es nie gegeben. Er hat ein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert."

„Post": 13. November 1918.

„Die militärische Leitung hat ohne jede politische Bestimmung ihrer Kampfziele und in Unterschätzung unserer Feinde geglaubt, den zerschmetternden Sieg nach allen Seiten erfechten zu können. So ging der Krieg verloren und begrub in seinem Ausgang den deutschen Kaiserstaat unter seinen Trümmern."

„Kreuzzeitung": 13. November 1918.

Stinnes 64 facher Zeitungsbesitzer!

Minister Giesberts über die Zeitungsankäufe.

Das Dortmunder Zentrumsblatt „Tremonia" berichtet von der Düsseldorfer Tagung des Augustinusvereins u. a., daß Postminister Giesberts darauf hingewiesen habe, daß er die Erhöhung der Gebühren für Zeitungen bis zum 1. Oktober zurückgestellt habe. Ob das auch weiterhin möglich sein werde, stehe dahin. Giesberts habe die Zeitungen im übrigen auch auf andere Gefahren aufmerksam gemacht, insbesondere auf das Vorgehen des Stinnes-Konzerns, der bereits 56 deutsche Zeitungen und 6 Zellstoffabriken aufgekauft habe!

Crispien, der Aufrechte, an Wilhelm II.

Unabhängige Parteiführer vor Königsthronen.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht ein von dem Vorsitzenden der U. S. P., Crispien, mitunterzeichnetes Dankschreiben an Wilhelm II. von Württemberg. Darin heißt es, die provisorische Regierung danke im Namen des Volkes dem Könige für seine Liebe zur Heimat und zum Volke und für seinen freiwilligen Verzicht, sowie für seine edlen und hilfreichen Werke der Nächstenliebe. Einem anständigen Menschen, wie diesem württembergischen König, gebühre ein solches Abschiedswort. Aber wenn Crispien nicht mitunterzeichnet hätte, sondern nur Rechtssozialisten und Demokraten, wie würde dann wegen dieser „Hofgängerei" gegen uns getobt werden. Es ist doch gut, daß die U. S. P.-Leute eine Zeitlang mitregiert haben.

Zeichnet zum Wahlfonds!

An Herrn **Reinh. Dreschen,**
Halle a. S., Harz 42/44. Zimmer 12.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur S. P. D.

Name: _____

Beruf: _____

Geburtsdat. u. Ort: _____

Wohnung: _____

Beitrag: Für Männer 30 Pf., für Frauen 15 Pf. pro Woche.
Aufnahmegebühr: 1.— M.

Bei Postanmeldung ist ein Monatsbeitrag und die Aufnahmegebühr an obige Adresse oder an das Postscheckkonto 37575 Leipzig einzusenden.

Der schlimmste Feind des Volkes ist seine eigene Gleichgültigkeit. Fernbleiben von den Kämpfen der Zeit beruht auf **Mangel an Pflichtgefühl und an Selbstachtung.** Sich selber und dem Ganzen tut nur der genug, der sich nach seiner Ueberzeugung im öffentlichen Leben **betätigt.**

Mögen darum alle, die unsere Grundsätze und Ziele für richtig halten, auch offen, wie es freien Staatsbürgern ziemt, für unsere Sache eintreten. Hand- und Kopfarbeiter, Männer und Frauen! In der Partei seid Ihr keine dienenden Glieder sondern **gleichberechtigte, mitbestimmende** Genossen und Genossinnen! Nur so gewinnt Ihr dauernden Einfluß auf Eure **eigenen Angelegenheiten als Bürger und Bürgerinnen der Republik.**

Tretet ein in die Partei! Abonniert die „Volksstimme"!

An die **Expedition der „Volksstimme",**
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Hiermit abonniere ich die „Volksstimme"

ab: _____

Name: _____

Wohnung: _____

Abonnementspreis 4 M. pro Monat für Abholer, bei freier Zustellung ins Haus 4.50 M.

Bei Postbestellung und Einsendung des Bezugspreises auf das Postscheckkonto 37575 Leipzig, Berlin, die Postbestellung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200520-18/fragment/page=0008